

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Unser Tag. 1950-1950 1950

100 (9.5.1950)

UNSER TAG

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 422 60, Redaktion: Mannheim, S. 3, 10, Fernruf Nr. 413 85. Chefredakteur: Hermann Jerrentrup, Landesredaktion: Freiburg, Vaubanstraße 12, Fernruf 2249, Vertriebsfilialen: Offenburg, Friedrichstraße 42; Rastatt, Kaiserstraße 1; Freiburg, Vaubanstraße 12; Lörrach, Feidbergstraße 7; Konstanz, Hussenstraße 49.

Volkszeitung für Baden

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einsch. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 1,00 zus. DM -54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 77, Städt. Sparkasse Mannheim, Kto.-Nr. 227, Postcheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 20. Anzeigenpreis: Anzeigenpreisliste 3. Anzeigen werden entgegengenommen in all. Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 100

Dienstag, 9. Mai 1950

Preis 15 Pfg.



Treffpunkt der Jugend: Berlin

Von Max Reimann

Die Jungen und Mädel aus dem Westen und Osten, dem Süden und Norden unseres gespaltenen Vaterlandes treffen sich Pfingsten 1950 in Deutschlands Hauptstadt, in Berlin. 500 000 Jungen und Mädel wollen Pfingsten in Berlin in machtvollen Demonstrationen, bei Sport und Spiel das Band knüpfen, das die Menschen in allen Teilen unseres Vaterlandes fester denn je verbinden soll.

Die deutsche Jugend wird bei ihrem Pfingsttreffen in Berlin bekunden, daß sie nie mehr den Soldatenrock für fremde Interessen anziehen will, daß sie sich mit aller Kraft gegen den Ausbau des Westens unserer Heimat zu einer neuen Kriegsbasis wendet, und daß sie bereit ist, den Frieden gegen alle Anschläge der Kriegshetzer zu verteidigen. Die deutsche Jugend will nicht als Söldner in dem von Adenauer geforderten deutschen Kontingent in einer europäischen Armee ihr Leben in den Schützengräben eines dritten Weltkrieges verlieren, sondern in einer einheitlichen, friedliebenden deutschen demokratischen Republik ein neues Leben, eine neue Zukunft erbauen.

Diesen ihren Willen vor dem ganzen deutschen Volk und der ganzen Welt zu bekunden, ist der Sinn des Pfingsttreffens und des damit verbundenen Kongresses der jungen Friedenskämpfer. Aber gerade dieses fürchten die imperialistischen Kriegstreiber, dieses fürchten solche „deutsche“ Politiker wie Dr. Adenauer und Dr. Blücher, die die Spaltung Deutschlands verweigern und Westdeutschland in den Kriegsblock der Europa-Union und des Atlantikpaktes einbauen möchten. Sie wollen die deutsche Jugend wieder in die Uniformen des Arbeitsdienstes und des Wehrdienstes stecken, diesmal unter amerikanischem Kommando. Sie sehen ihre volkseindlichen Pläne scheitern, wenn die ganze deutsche Jugend an der Spitze des Volkes geschlossen für den Frieden, für die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes eintritt. Darum wenden sie sich mit allen Mitteln, in Rundfunk und Presse, in Erklärungen des sogenannten „Ministeriums für gesamtdeutsche Fragen“ gegen das Friedentreffen der Jugend in Berlin.

Aber die Jugend läßt sich durch keinerlei Machenschaften davon abhalten, der Hauptstadt Deutschlands, Berlin, Pfingsten 1950 ihr Gepräge zu geben. Der Reutersche Spaltungsmagistrat verweigerte der Jugend das Olympiastadion für ihre Spiele und für die Austragung eines internationalen Fußballweltkampfes. Als Antwort darauf schuf sich die Jugend in freiwilliger Arbeit im demokratischen Berlin ihr Stadion der Mitte, in

(Fortsetzung auf Seite 2)

Gemeinsam mit 800 Millionen Menschen

Friedenskämpfer schließen die Reihen

Erfolgreicher Landesfriedenskongreß in Nordrhein-Westfalen — 1150 Delegierte aus Großbetrieben, Organisationen und örtlichen Komitees — Arnold Zweig überbrachte Grüße aus Berlin — Machtvoller Demonstrationszug durch Düsseldorf

Düsseldorf. (EB) Im Anschluß an den ersten Landeskongreß der Kämpfer für den Frieden Nordrhein-Westfalens am Sonntagmittag über 3000 Menschen in den Straßen Düsseldorfs für den Völkerfrieden und gegen jegliche Remilitarisierung Westdeutschlands. An der Spitze des langen Zuges schritt das Präsidium des Kongresses, unter ihnen der bekannte Dichter Arnold Zweig. Eine machtvolle Kundgebung auf dem Rathausplatz, auf der Dr. Maase, Düsseldorf, Arnold Zweig und der Hamburger Professor Kaputka sprachen, beendete den Kongreß unter lebhafter Anteilnahme der Bevölkerung. Die im Robert-Schumann-Saal versammelten 1150 Delegierten aus Großbetrieben, Parteien, Jugendbewegungen, demokratischen Organisationen sowie Sport- und Gesangsvereinigungen gaben durch ihre Arbeitstagung der Friedensbewegung im Lande Nordrhein-Westfalen festen organisatorischen Zusammenhalt.

Telegramme vom „Nationalen Komitee der Kämpfer für den Frieden“ Hollands und Belgiens und vom Betriebsrat der Stadt, Hafentriebe in Köln begrüßten den Kongreß und beglückwünschten ihn zum Kampf um den Frieden im Herzen Deutschlands, das erneut Aufmarschbasis und Wafenschmiede werden soll.

„Wir wollen das Mittel des Krieges als legales Mittel aus der Menschheitsgeschichte ausschalten“, erklärte der Dichter Arnold Zweig, der von allen Delegierten mit stürmischem Beifall begrüßt wurde. Gemäß den Stockholmer Beschlüssen, erklärte der Dichter, werde jede Regierung, die als erste die Atombombe anwendet, nicht nur als verbrecherisch angesehen, sondern sie müsse auch von den Kämpfern für den Frieden so behandelt werden.

Im Namen der gesamten Belegschaft des Hüttenwerkes Hagen-Haspe überbrachte Emil Tomys Kampfesgrüße. Von diesem Großbetrieb war die Initiative ausgegangen, den Kongreß einzuberufen. Die Belegschaft des Hüttenwerkes Hagen-Haspe hat ein Friedenskomitee gebildet, das aus Vertretern von drei Parteien besteht. Als Beispielhaft für alle Betriebe Westdeutschlands entschloß sich der Betriebsrat einstimmig, darüber zu wachen, daß kein Kriegsmaterial hergestellt wird. Walter Vossen sprach im Namen der gesamten Belegschaft der Schachtanlage Nordstern. Von 3700 Bergarbeitern unterschrieben an einem einzigen Tag 2200 die Listen des westdeutschen Komitees der Kämpfer für den Frieden. Vorbildlich wirkt das Friedenskomitee der Schachtanlage Nordstern in der Öffentlichkeit zur Verbreiterung und Festigung der Friedensfront. Ein junger Bergmann der Zeche De Wendel bei Hamm, delegiert von 5000 Bergarbeitern, übermittelte dem Kongreß die Bereitschaft der gesamten De-Wendel-Belegschaft, aktiv für den Frieden zu kämpfen.

Verbreiterung der Friedensfront

Die Verbreiterung der Friedensfront wurde offenbar, als Herr Richter den Anschluß der Kriegsbeschädigten- und Hinterbliebenen-Organisationen an die Friedensbewegung bekundete und die Deutsche Friedensgesellschaft bekanntgab, daß sie einen ständigen Vertreter in das Landesfriedenskomitee entsendet.

Für die Freie Deutsche Jugend sprach Heinz Honsbe rg, Remscheid. Der Kongreß beschloß, 15 Delegierte zum Kongreß junger Friedenskämpfer zu entsenden, der

den westdeutschen Frauen, die die Zonengrenzen niederrissen und sich mit den Frauen der Deutschen Demokratischen Republik vereinigten, Frau Bruneit, Lüdenscheid, Frau Hedwig Engel, vom Komitee der Kämpfer für den Frieden in Berlin, forderte die Delegierten auf, die Bewegung so breit wie nur irgend möglich zu schaffen. „Es darf nur zwei Kategorien für uns geben“, sagte sie, „Menschen, die den Krieg, und Menschen, die den Frieden wollen.“ Grüße der Kommunistischen Partei Deutschlands überbrachte die Bundestagsabgeordnete Grete Thiele. Frau Thiele, die zahlreiche Beweise für neue Kriegsproduktion in Westdeutschland gab, sagte, die Kommunisten seien stolz, in der vordersten Front der Friedensbewegung zu stehen.

Als 1. Vorsitzender des Landesfriedenskomitees wurde der Düsseldorfer Arzt Karl

dort anlässlich des Deutschlandtreffens der Jugend stattfindet.

Monsieur Plaquant, Vertreter der „Internationalen der Kriegsgegner“, forderte zur Verweigerung der Waffenproduktion und des Kriegsdienstes auf.

Als Vertreterin des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands sprach im Na-

Landesfriedenskongreß in Tübingen

Tübingen. (EB) 165 Delegierte der Orts-Friedensausschüsse aus Massenorganisationen und Betrieben und zahlreiche Gäste hatten sich am Sonntag um 11 Uhr im Uhlandsaal des Museums eingefunden, als die Vorsitzende des Schweningener Orts-Friedensausschusses, Magda Hansmann, den Landesfriedenskongreß von Württemberg-Hohenzollern eröffnete.

An Stelle des erkrankten Pfarrers Möllner überbrachte Ingenieur Wunderlich, Staatssekretär im Industrie-Ministerium der DDR und Vorsitzender der NDP, die Grüße des Vorsitzenden des Komitees der Kämpfer für den Frieden der Deutschen Demokratischen Republik, des Dichters Arnold Zweig. Staatssekretär Wunderlich, von starkem Beifall begrüßt, sprach dann über die Stockholmer Beschlüsse der Friedenskämpfer. Er konnte dabei darauf hinweisen, daß die Volkskammer der Deutschen Demokratischen Republik als erstes Parlament der Welt diese Beschlüsse sich zu eigen machte, während etwa die holländische Regierung eine Delegation der Friedenskämpfer verhaften und ausweisen ließ, weil das im Rahmen der Atlantikpakt-Politik notwendig sei, oder die Regierung der USA ihr die mit denen der Sowjetunion übereinstimmten. „Ich glaube“, rief der Redner unter Beifall aus, „es ist vollkommen gleichgültig, wer Friedensvorschläge macht, Hauptsache ist, daß überhaupt Friedensvorschläge gemacht werden!“

Als zweiter Redner stellt Stadtrat Willi Bohn-Stuttgart in den Mittelpunkt seiner Ausführungen die Notwendigkeit, zur Erhaltung des Friedens alles Trennende beiseitezustellen. Es gelte, den Frieden zu organisieren. Man müsse sich mit den Vorbereitern des Krieges beschäftigen. Diese wissen, daß sie das Volk von der Notwendigkeit des Krieges überzeugen müssen. Dazu versuchen sie, den Menschen einzureden ein Friede sei nicht möglich, weil „die Rus-

sen alles unter ihre Diktatur bringen“ wollten. In Wirklichkeit benötigt gerade die Sowjetunion für ihre gigantische Aufbauarbeit den Frieden, um schneller als in kapitalistischen Ländern den Wohlstand zu entwickeln.

„Fünf Jahre ist der Krieg beendet“, rief Stadtrat Bohn aus, „sollen wir da nicht gemeinsam sagen: ‚Her mit dem Friedensvertrag! Besatzungsmächte nach Hause!‘, damit wir nach eigenem Willen im eigenen Land aufbauen können. Vor allem aber müssen wir sagen: ‚Freundschaft mit allen Völkern! Wir wollen nicht, daß wir unter den Trümmern unserer Städte begraben werden!‘“

Dann behandelte der Redner ausführlich die Drohung der Atomwaffen.

Dabei kam es zu minutenlangen Beifalls-kundgebungen für den französischen Wissenschaftler Prof. Joliot-Curie, den die französische Regierung wegen seines Eintretens für den Frieden seines Amtes als Atomkommissar entzogen hatte und den der Redner als des Friedensnobelpreises würdig bezeichnete.

Im Anschluß an die Rede von Stadtrat Bohn fand eine rege Diskussion statt, an der sich vor allem auch die anwesenden Vertreter der Jugend stark beteiligten.

„Ein etwas verzweifelter Acheson in London“

Die Sorgen und Differenzen der Kriegstreiber — Das Wachsen der Friedensfront und die Erlöge der Unterschriftensammlung sind Schläge gegen ihre Pläne

Paris. Die Pariser Ausgabe der „New York Herald Tribune“ befaßt sich mit dem Londoner Außenminister-Treffen der drei Westmächte. Es heißt in dieser Stellungnahme: „Es besteht keine Aussicht auf wichtige Zugeständnisse an die Bundesrepublik durch eine vorzeitige Aenderung des Besatzungsstatus.“

Das Blatt bringt als Punkte der Behandlung auf der Londoner Außenministerkonferenz: Die Organisation einer wirksameren Verteidigung des Westens; amerikanische Unterstützung für Indochina und ganz Südostasien; Einbeziehung Deutschlands in Westeuropa und Übermittlung des Gedankengutes des Westens an die Bevölkerung der ganzen Welt.

Etwas deutlicher ausgedrückt befaßt sich die Londoner Außenministerkonferenz mit der Organisation der Kriegsvorbereitung gegen die Sowjetunion und die befreiten Völker der Erde. Die drei ersten Punkte bedeuten nichts anderes: Unter Übermittlung des „Gedankengutes des Westens“ ist nichts anderes zu verstehen als die Zentralisierung der Kriegpropaganda, die Verschleierung der Ziele der unter amerikanischer Führung stehenden imperialistischen Weltpolitik.

Die Londoner Konferenz soll dem amerikanischen Imperialismus ermöglichen, die einseitig zwischen ihm und Frankreich und den Juniorpartnern England und Frankreich bestehenden Differenzen zur Stärkung seiner eigenen Stellung auszugleichen.

In Westeuropa geht es den Atlantikpaktstrategen darum, den Separatstaat Westdeutschland in die Angriffsfront einzugliedern. Zwischen den drei Mächten USA, England und Frankreich herrschen keine grundsätzlichen Differenzen über diese Frage, sondern die Gegensätze beginnen bei der Frage, wie dies geschehen soll.

Die reaktionäre Londoner „Times“ spricht von „Achesons Sorgen“, die diese Außenministerkonferenz überschatten. Mit Frankreich stehe es über die Methoden der Politik in Südostasien, besonders in Vietnam, in Gegensatz. Die USA glaubten, daß man in Asien nur mit der Bildung von Nationalstaaten (der amerikanischen Imperialismus hat dabei nur eine Scheinsovereänität der Völker und die Durchsetzung seines imperialistischen Ubergewichts gegenüber seiner Mitkonkurrenz im Auge. Amm. d. Red.) weiterkommen könne, obwohl Washington bei den neugegründeten asiatischen Staaten Enttäuschungen erlebt habe. Seit Kriegsende hätten die USA ohne sichtbare Erfolge 2 Milliarden Dollar in die Philippinen hin-

sen Erörterungen die westlichen Zeitungen den Hauptgrund der Sorgen der Londoner Außenministerkonferenz. Es ist dies die Tatsache des Wachsens der Stärke der Sowjetunion und der Volksdemokratien und des Friedenslagers in aller Welt. Die Unterschriftensammlung auf den Listen für den Frieden gestaltet sich zu einem großen Erfolg der Friedensfreunde gegen die Kriegstreiber. Deshalb läßt bei uns nicht nach in der Werbung und Arbeit bei der Unterschriftensammlung! Je größer das Resultat, desto größer die Sorgen der Kriegstreiber, daß ihr erneuter Anschlag gegen die Menschheit mißlingen wird. (xx)

Trumans Maske fällt

Friedensheucheleien in Washington und Kriegsvorbereitungen in Japan

London. (EB) Präsident Trumans letzte Pressekonferenz in Washington, auf der er erklärte, die Vereinigten Staaten würden ihren Kriegshaushalt senken, hat laut Reuter in London einiges Erstaunen ausgelöst. Man erinnert in britischen Kreisen daran, daß die USA ständig die westeuropäischen Staaten auffordern, ihre Ausgaben für die Vorbereitung eines neuen Krieges heraufzusetzen.

Zu gleicher Zeit, in der Truman seine „Friedenserklärung“ abgab, wies der amerikanische Oberbefehlshaber in Japan, General MacArthur, einen sowjetischen Protest gegen den fiberhaften Ausbau der US-Kriegsstützpunkte auf den Riu-Kiu-Inseln und die Aufrüstung Japans zurück. Obgleich die Sowjetunion im alliierten Kontrollrat für Japan gleichberechtigt die Verantwortung für die Erhaltung des Friedens in Japan trägt, bezeichnete MacArthur die sowjetische Intervention zugunsten der Entmilitarisierung Japans als „fremde Provokation“. Was mit den US-Stützpunkten in Japan geschehe, sei allein Angelegenheit der amerikanischen Besatzungsmacht. Damit sind wieder einmal die ständigen Kriegsvorbereitungen der amerikanischen Regierung trotz gelegentlicher Friedenserklärungen entlarvt worden.

Der Kalte Krieg nicht zu gewinnen

New York. Kurz vor dem Start der Außenministerkonferenz in London, die die Kriegsvorbereitung der westlichen Alliierten unter dem Motto der Organisation des „kalten Krieges bis zum Sieg“ zum Inhalt

Bedrohung der Sowjetunion

Paris. Der Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs Maurice Thorez, bezeichnete die Vorschläge für eine deutsch-französische Union als eine Kriegsdrohung gegen die Sowjetunion.

Frankreich wünscht 500 Millionen

Paris. Die französische Regierung knüpft an die Londoner Außenministerkonferenz die Hoffnung, von den USA genügend Geld zu bekommen, um ihren schmutzigen Krieg in Indochina weiterführen zu können und vor einer Niederlage bewahrt zu bleiben. Frankreich fordert von Acheson 500 Millionen Dollar zur Unterstützung des Krieges gegen das vietnamesische Volk.

Im Streiflicht gesehen

81 Tote bei Eisenbahnkatastrophe in Indien
Patna (Indien). Die Zahl der Toten und Verletzten bei dem am Sonntagmorgen gemeldeten schweren Eisenbahnunglück in Indien hat sich nach am Montag eintreffenden Berichten weiter erhöht. 81 Tote konnten bisher aus den Trümmern des 150 km östlich von Patna entgleisten Postzuges der Pandschab-Eisenbahn geborgen werden. Die Zahl der Verletzten hat sich auf über hundert erhöht. (Nach Reuter)

Frau und Kinder erschlagen, dann Selbstmord

Burton-On-Trent. Eine Familientragödie ereignete sich in der britischen Stadt Burton-On-Trent. Der 52jährige Lehrer Harold Moody erschlug seine Frau und seine beiden Kinder mit einer Axt und warf sich dann vor einen fahrenden Zug, weil er teilweise erblindet war und entlassen werden sollte. (Nach Reuter)

Winnipeg durch Hochwasser bedroht

Winnipeg (Manitoba). Die dreihunderttausend Einwohner der kanadischen Stadt Winnipeg werden von den steigenden Fluten des Red River immer stärker bedroht. Am Sonntagabend war die Anzahl der Obdachlosen in Winnipeg und seinen Vorstädten auf 8 500 gestiegen. Kanadische Armeeflugzeuge brachten über achtzigtausend Sandsäcke aus Montreal zur Eindämmung der Fluten. (Nach Reuter)

Eine Eule, die von sich reden macht

Herzberg. (dpa) Nicht so gefährlich wie der Wolf vom Lichtenmoor, aber auf dem besten Wege eine ähnliche Berühmtheit zu erlangen, ist die auf dem Kirchturn der St. Nikolaikirche in Herzberg (Niedersachsen) nistende Eule. Das Tier

hat im vergangenen Jahr durch seine verwegenen Angriffe auf Passanten von sich reden gemacht und jetzt erneut mit seinen „Luftangriffen“ begonnen. Die Eule ist so mutig geworden, daß sie nicht nur Einzelgänger, sondern auch Gruppen angeht. Sie bearbeitet ihre Opfer mit Krallen und Schnabel. Vogelkundler versichern, daß eine so angriffslustige Eule eine Seltenheit ist.

Großbrand in kanadischer Hafenstadt

Quebec. Ueber ein Drittel der kanadischen Hafenstadt Rimouski am St. Lorenz-Strom, etwa 300 Kilometer stromabwärts von Quebec, wurde am Sonntag durch einen Großbrand zerstört. Mehr als 500 Häuser wurden durch das Feuer, das bis zum Montagmorgen noch nicht unter Kontrolle gebracht werden konnte, in rauchende Trümmerhaufen verwandelt. Ein Mann verbrannte und sieben Personen starben nach bisher vorliegenden Berichten an Rauchvergiftung. Ueber 40 Personen wurden verletzt. Die Zahl der Obdachlosen soll in die Tausende gehen. In der Nacht zum Montag hatte das Feuer die Kathedrale, eine der größten Kirchen in der Provinz Quebec, erfaßt.

Das Feuer brach um 3 Uhr am Sonntagmorgen in einer Sägemühle aus und verbreitete sich mit ungeheurer Geschwindigkeit über die Stadt. Rimouski hat fünfzehntausend Einwohner. Von heftigem Sturm gepeitscht fraß sich das Feuer durch die Wohngebiete der Stadt, in denen die meisten Häuser aus Holz gebaut sind. Nach den ersten Schätzungen soll der Schaden rund 10 Millionen Dollar betragen. Vier Kinder, die von den Flammen überrascht wurden, sprangen in den Fluß und ertranken. Zwei Kinder wurden von Autos, die durch die Stadt rasten, überfahren und getötet. Ein Feuerwehrmann erlag einem Herzschlag. (Nach Reuter)

(Fortsetzung von Seite 1)

dem die Wettkämpfe und Spiele ausgetragen werden können.

Mit der Verweigerung der Interzonenpässe durch Drohungen, Verleumdungen und Einschüchterungen soll die westdeutsche Jugend von der Teilnahme am Deutschlandtreffen abgehalten werden. Es ist charakteristisch für die Rolle des rechten sozialdemokratischen Parteivorsitzenden Schumacher, daß er das Stichwort gab und den Einsatz amerikanischer, englischer und französischer Panzer gegen die friedliebende deutsche Jugend forderte.

Das von Dr. Schumacher gegebene Stichwort hat auch die rechten Führer des deutschen Gewerkschaftsbundes nicht ruhig schlafen lassen. Anstatt die Gewerkschaften in den Kampf gegen die in Westdeutschland betriebene Kriegshetze und die reaktionäre Wirtschaftspolitik, für den Frieden und die Einheit Deutschlands einzusetzen, treiben die rechten Gewerkschaftsführer eine wüste Hetze gegen das Deutschlandtreffen der Jugend in Berlin. Da sie glauben, daß die westdeutsche Bevölkerung den Provokationsversuch im Zusammenhang mit dem von Fälschern hergestellten Protokoll M bereits vergessen haben, bedienen sie sich dabei neuer erfundener Protokolle über sogenannte Geheimhaltungen der SED. Die Methode der Provokation ist schon immer bei den Feinden der Arbeiterbewegung besonders beliebt gewesen. Umso bedauerlicher ist es, daß eine Führergruppe an der Spitze der mächtigsten Arbeiterorganisation, der Gewerkschaften, heute dieselbe Methode im Kampf gegen die Freie Deutsche Jugend und gegen das Pfingsttreffen der Jugend in Berlin anwendet. Sie dienen damit nicht den Interessen des werktätigen Volkes, sondern beziehen dieselbe Position wie die Kriegshetzer des In- und Auslandes, mit den Churchill, den Herren der Wallstreet und den westdeutschen Monopolisten und Großgrundbesitzern.

Die Urheber dieser Hetze glauben selbst nicht an die von ihnen aufgestellten Verleumdungen, daß das Pfingsttreffen der Jugend nur eine Tarnung für einen kommunistischen Putschversuch in Berlin sei. Sie wissen, daß die Jugend die Herzen der Berliner und aller wahrhaften Deutschen erobern will. Gerade das aber fürchten sie. Die Hetze wird von ihnen entfaltet, Bürgerkriegsübungen der amerikanischen Militärpolizei und der Stumpfpolizei des westberliner Spaltermärstrates werden durchgeführt um in der westdeutschen und westberliner Bevölkerung eine Angstpsychose zu schaffen.

Durch die gegen das Pfingsttreffen geführte Hetze sollen die Jungen und Mädchen aus Westdeutschland und Westberlin von der Teilnahme am Deutschlandtreffen der Jugend abgehalten werden. Die Sorge der Eltern um ihre Kinder wollen die Kriegshetzer und Spalter ausnutzen, um dem Deutschlandtreffen der Jugend den gesamten Charakter zu nehmen. Da sie fürchten, daß die zehntausenden Jugendlichen aus Westdeutschland, die am Deutschlandtreffen in Berlin teilnehmen werden, nach ihrer Rückkunft die Verleumdungen gegen die Deutsche Demokratische Republik entlarven, daß sie den von den westdeutschen Spaltungspolitikern und ihren in- und ausländischen Auftraggebern gegen die Deutsche Demokratische Republik papierenen Vorhang zerreißen, bieten sie alles auf, um die Teilnahme von Jugendlichen aus Westdeutschland zu verhindern.

Die Freie Deutsche Jugend hat die Lügen und Verleumdungen gegen das Deutschlandtreffen eindeutig entlarvt, indem sie das Programm der Veranstaltungen Pfingsten in Berlin veröffentlichte. Nichts kann mehr den friedlichen Charakter des Deutschlandtreffens beweisen als dieses Programm, in dessen Mittelpunkt der Kongreß der jungen Friedenskämpfer, Sport- und Kulturveranstaltungen, Spiele usw. stehen. Dieses Programm zeigt allen Eltern und Jugendlichen den wahren Charakter des Deutschlandtreffens in Berlin und die Grundlosigkeit der Befürchtungen, die durch die Verleumdungskampagne in der westdeutschen Presse und dem Rundfunk entstanden sind.

Es sind noch wenige Wochen bis Pfingsten. In dieser Zeit werden alle Friedenskämpfer, alle Deutschen, die ihr Volk und ihre Heimat lieben, die Jugend bei den Vorbereitungen des Deutschlandtreffens in Berlin unterstützen. Wenn die Jugend in Berlin ihren Willen für den Frieden, für die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes einzutreten, bekundet, steht sie in den ersten Reihen des Kampfes für die Interessen unseres ganzen Volkes. Die machtvolle Durchführung des Deutschlandtreffens der Jugend, die Teilnahme von zehntausenden Jugendlichen aus dem Westen unserer Heimat, wird darum auch für unser ganzes Volk eine gewonnene Schlacht für den Frieden und für die einheitliche, unabhängige, friedliebende deutsche demokratische Republik sein.

Darum: Alle Unterstützung der Jugend bei der Vorbereitung des Deutschlandtreffens Pfingsten 1950 in Berlin. Ermöglicht zehntausenden Jungens und Mädels aus Westdeutschland die Teilnahme am Deutschlandtreffen in Berlin. Helft das Deutschlandtreffen zu einem überwältigenden Bekenntnis der Jugend für den Frieden, für die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes zu machen.

KPD-Wahlerfolg in Avignon

Bei den Stadtratswahlen in Avignon hat die Vereinigung der Republikaner und Widerstandskämpfer, eine Liste, bei der die Kommunisten die Hauptkraft darstellen, als einzige Stimmen gewonnen und seit den Wahlen von 1948 ihren Stimmenanteil von 30,4 auf 31,7 Proz. erhöht. Sowohl die Liste De Gaulles, als auch die der „Dritten Kraft“ haben Stimmen eingebüßt. (Nach „l'Humanité“)

„Wir können nicht billigen ...“

Christliche Studenten gegen die Unterdrückung der Friedenskämpfer
Auf einer Versammlung christlicher Studenten in Paris wurde eine Resolution angenommen, in der die Beendigung des Kolonialkrieges in Indochina gefordert wurde. „Kein Christ kann diejenigen verdammen“, so heißt es in der einstimmig gegen nur eine Stimme angenommene Entschließung, „die sich gegen die Weiterführung dieses Krieges wenden und sich weigern, für ihn zu arbeiten. Wir können die Unterdrückungsmaßnahmen, die gegen diese Menschen ergriffen werden, nicht billigen.“ (Nach „l'Humanité“)

Wo deutsche Kriegsgefangene festgehalten werden

darüber schweigt man bei der Kriegsgefangenenhetze

In dem Augenblick, da die Rückkehr der letzten Kriegsgefangenen aus der Sowjetunion amtlich bekanntgegeben ist, entfalten die deutschen Agenten Imperialismus-fürsich-britisch-französischen Krieg. Denn das verneint die Hetze zum Krieg über angeblich die Unmenschlichkeit. Wenn die Vorkriegsgegen die Sowjetunion erst gemeint gewesen wären, dann könnten sie nur darin bestehen, daß sie es nicht vermocht hat, Hunderttausende der von Hitler in den Tod gehetzten jungen Deutschen wieder zum Leben zu erwecken und sie gesund und munter ihren Angehörigen zurückzugeben. Wenn man die Gefallenlisten endlich veröffentlichte, würde alle Welt erkennen, welch frevelhaftes Spiel mit Angehörigen von ehemaligen deutschen Soldaten getrieben wird, denen man glauben macht, ihre Lieben seien in irgendwelchen phantastischen Schweißlagern, während sie in Wirklichkeit während des Krieges gefallen sind.

Wo aber werden deutsche Kriegsgefangene und auch andere Deutsche zurückgehalten? Hier soll nur von dem Lande die Rede sein, dessen Herrscher von den Kriegstreibern nicht nur gelobt, sondern auch ausgehört wird, weil er zum Verräter an der

Sache der Arbeiterklasse und an allen friedliebenden Menschen in allen Ländern geworden ist. Hier soll nur an einem Beispiel die Rede sein von Tito und von Jugoslawien.

Uns liegt ein amtliches Dokument vor. Es stammt aus dem Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und soziale Fürsorge und trägt das Aktenzeichen GZ II 5704 - 24/50. Als Ort und Datum der Ausfertigung sind genannt München, 6. April 1950. Es ist gerichtet an die Präsidenten der Arbeitsämter Süd- und Nordbayern und an die Leiter der Arbeitsämter. Hier ist der Wortlaut:

„Betreff: Anwerbung deutscher Arbeitskräfte nach Jugoslawien.“

Nach Mitteilung des Bundesministeriums für Arbeit sind dem Bundeskanzleramt in den letzten Tagen zahlreiche Zuschriften von deutschen Staatsangehörigen aus Jugoslawien zugegangen, die darüber Beschwerde führen, daß die bei Uebergang aus der Kriegsgefangenschaft oder auf Grund einer Anwerbung in Deutschland abgeschlossenen Arbeitsverträge mit jugoslawischen Dienststellen von diesen abgeändert werden, sobald die Angeworbenen und gegebenenfalls auch deren Familien erst

einmal in Jugoslawien wohnhaft geworden sind. Vor allem aber ergeben sich immer wieder Schwierigkeiten, wenn die Angeworbenen nach Ablauf des Dienstvertrages nach Deutschland zurückkehren wollen. Unter Vorwänden, die hier nicht nachzuprüfen sind, wird von jugoslawischen Stellen die Erteilung der Ausreisegenehmigung verweigert oder solange verschleppt, daß der Betroffene gezwungen ist, einen neuen Arbeitsvertrag einzugehen. Auch bei Erteilung der Einreisegenehmigung nach Deutschland treffen oft erhebliche Verzögerungen ein, da die Genehmigung vom alliierten Permit Office in Belgrad gegeben werden muß. Die Bundesregierung ist zur Zeit nicht in der Lage, den deutschen Staatsangehörigen in Jugoslawien Rechtsschutz zu gewähren und sie vor den Willkürakten jugoslawischer Dienststellen zu bewahren; mit der Einrichtung deutscher konsularischer Vertretungen in Jugoslawien kann in absehbarer Zeit kaum gerechnet werden. Jeder deutsche Staatsangehörige, der sich nach Jugoslawien anwerben läßt, geht also ein erhebliches persönliches Risiko ein.

Die Arbeitsämter werden hiermit angewiesen, Arbeitssuchenden, die an einer Arbeitsvermittlung nach Jugoslawien inter-

Ost-West-Handel bereitet USA Sorgen

Die Hilfe der Deutschen Demokratischen Republik für Westdeutschland

Die amerikanische Regierung plant schärfere Maßnahmen, um den Ost-West-Handel zu überwachen. Vor allem die westdeutsche Ausfuhr bereitet den Amerikanern Sorge, meldet der „Industrie-Kurier“ vom 27. April 1950.

Das anglo-amerikanische Monopol-Kapital ist mit einem Teil der westdeutschen Unternehmer unzufrieden. Londoner Stellen sind der Ansicht, so schreibt das „Essener Tagblatt“ vom 13. April,

„daß trotz des von den Westmächten auferlegten Stahl-Ausfuhr-Verbotes gegenwärtig beträchtliche Mengen Ruhrstahl illegal ... geliefert werden.“

Der von den amerikanischen Imperialisten geführte kalte Krieg hat nicht den gewünschten Erfolg, deshalb fordern sie schär-

tere Maßnahmen. Das wird aber die von imperialistischen Mächten unabhängige Deutsche Demokratische Republik nicht hindern, weiter den innerdeutschen Handel zu betreiben. Der Stellvertretende Ministerpräsident der DDR, Walter Ulbricht, gab der Redaktion der „Wirtschaft“, Berlin, ein Interview, in dem er erklärt, daß im Osten die Tür nicht verschlossen ist. Er sagt:

„Jeder seriöse Geschäftsmann hat die Möglichkeit, offiziell oder privat Besprechungen mit den zuständigen Wirtschaftsorganen in Berlin zu führen. Die Organe der DDR setzen bei ihren Handelsvertragsbesprechungen mit anderen Ländern auch die Interessen westdeutscher Unternehmen mit in Rechnung, um zu helfen, die

Arbeitslosigkeit in Westdeutschland zu vermindern.“

Die Verschärfung der Ueberwachung des Ost-West-Handels will die Ausdehnung des innerdeutschen Handels verhindern. Etwa 500 Positionen verbotener Waren sollen auf der amerikanischen Sperrliste stehen, für deren Verkauf an die DDR und für deren Ausfuhr nach anderen Ländern eine besondere Genehmigung notwendig ist. Selbst westdeutsche Wirtschaftszeitungen ironisieren die Verbotsliste. So führt die „Wirtschaftsrevue“ vom 26. April 1950 aus:

„Unter Umständen kann auch die Ausfuhr von Weßkise unter Lizenz fallen, wenn der Osten ihn als Rohstoff für die Produktion von Uniformknöpfen benutzt.“
Trotzdem verhandeln viele westdeutsche Unternehmer auch weiterhin in Berlin über die Möglichkeiten des Ost-West-Handels. Die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik übernimmt die Vertretung der gesamtdeutschen Interessen. Walter Ulbricht, der gegenwärtig mit den Vorbereitungen des Fünfjahr-Planes beschäftigt ist, betonte in seinem Interview besonders:

„Der Wirtschaftsplan wird für die DDR gelten, doch auch die Wirtschafts- und Handelsbeziehungen Westdeutschlands mit in Rechnung setzen.“

Im Gegensatz zu dieser verantwortungsbewußten Haltung der Minister der DDR steht die volkfeindliche Handlungsweise der Adenauer-Regierung. Der Wirtschaftsminister der westdeutschen Separat-Regierung, Professor Erhard handelt nach den Wünschen des anglo-amerikanischen Monopolkapitals. Er lehnt auch weiter ab die Ausdehnung der im Westen durchgeführten Handelspolitik auf Ost-Europa. Nach einer Notiz der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ vom 28. April 1950 sagt er:

„In Ost- und Westdeutschland kämpfen heute zwei miteinander unvereinbare Prinzipien gegeneinander.“

Aber Otto Grotewohl, Walter Ulbricht und die anderen Minister der DDR werden sich durch die Sabotage-Politik der Adenauer-Regierung nicht zurückschrecken lassen. Sie vertreten auch in Zukunft die gesamtdeutschen Interessen. Zum Beispiel werden für die im Monat Mai nach Peking reisende Handelsdelegation auch die Angebote westdeutscher Firmen zusammengestellt und dem Außenhandelsministerium in Peking zugeleitet.

Die Marshallplanländer sind verpflichtet, die amerikanischen Verbotslisten zu beachten. Deshalb ist notwendig, die Abkehr von der Marshallplanpolitik. Nur die Wiederherstellung der politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands und eine enge Zusammenarbeit mit den Völkern des Ostens wird die wirtschaftliche und soziale Lage der westdeutschen Bevölkerung bessern.
H. H.

Prof. Joliot-Curie ein leuchtendes Beispiel

Hamburger Atomphysik Dr. Diebner: Atomwissenschaft darf nur dem Frieden dienen

Hamburg. (EB). Die Abhandlungen, die in der westlichen Presse über die Absetzung von Prof. Joliot Curie als Leiter der französischen Atomenergiekommission veröffentlicht wurden, und die diesen Gelehrten als ehrgeizigen Menschen bzw. als Doppelspieler hinstellen versuchten, veranlaßten den Hamburger Arzt, Dr. Wahl, einen authentischen Bericht einzuholen und setzte sich deshalb mit Herrn Dr. K. Diebner in Verbindung, der mit Prof. Joliot während des Krieges zusammenarbeitete und selbst ein bekannter Hamburger Atomforscher ist. Das Interview ergab folgendes Bild:

Prof. Joliot Curie ist, wie bekannt, einer der hervorragendsten Wissenschaftler und politischen Persönlichkeiten unserer Zeit.

Als Wissenschaftler war Prof. Joliot an der Entdeckung des Neutrons im Jahre 1932 beteiligt. Wenige Jahre darauf gelang es ihm, die künstliche Radioaktivität gemeinsam mit Frau Joliot Curie nachzuweisen. Eine Entdeckung, für die diese beiden Forscherpersönlichkeiten den Nobelpreis erhielten und auf der heute die moderne Kernphysik basiert, die in ihrer Anwendung für das Gesundheitswesen, für die Technik, für die Landwirtschaft, für die Biologie und anderes, der Menschheit neue Wege weist. Auch an der Entdeckung der Möglichkeit zur Energiegewinnung unter Verwendung der Uranspaltung ist Professor Joliot maßgebend beteiligt.

Sofort nach der Veröffentlichung von Prof. Hahn und Prof. Straßmann im Jahre 1938, in der die Spaltung des Urankerns 235 durch langsame Neutronen nachgewiesen wird, gelang es Prof. Joliot, zu zeigen, daß pro Uranspaltung zusätzlich wieder mehr als ein Neutron frei wird. Diese Entdeckung war die Voraussetzung, daß überhaupt mit der Möglichkeit einer Kettenreaktion und damit der Ausnutzung der Uranenergie für praktische Zwecke gerechnet werden konnte. Joliot erfaßte die Bedeutung dieser Entdeckung, der er übrigens selbst sehr nahe war, sofort, und beschaffte sich zum Bau eines Aggregates zur Gewinnung von Atomenergie 180 Liter schweres Wasser aus Norwegen, praktisch den gesamten damaligen Vorrat der Welt. Er zeigte hier, daß er mit seinem Weiblich und seiner Initiative, den anderen Forschern mit ihren abwägenden Erwägungen voraus war. Auf diese Weise kam er auch den Deutschen zuvor, die nach der Eroberung von Norwegen bei der Nordis Hydro, der einzigen Firma, die damals schweres Wasser in größeren Mengen herstellte, keinen Bestand mehr vorfanden.

Nach der Einnahme von Paris waren sofort deutsche Experten in seinem Institut um das Ergebnis seiner Versuche festzustellen, obgleich wenige Tage vor dem Einmarsch der deutschen Truppen die letzten Transporte von Materialen und Einrichtungen des Institutes nach Rennes abgegangen waren, konnten noch überraschende Funde gemacht werden, die interessante Schlüsse zuließen, welche in ihrer vollen Bedeutung aber erst später erkannt wurden. Der berühmte Gelehrte, der sich mit seinem Institut im Kriegseinsatz befand, hatte sich Uranblöcke hergestellt. Die Versuche der Amerikaner und der Arbeitsgruppe Dr. Diebner in Deutschland zeigten erst später, daß ähnliche geometrische Anordnungen für die Ausnutzung der Uranenergie notwendig waren.

Das sind nur einige Beispiele, die die überragende Forscherpersönlichkeit dieses Mannes mit internationalem Ruf charakterisieren.

Es ist charakteristisch für die derzeitige französische Regierung, daß sie einen Mann, der während des ganzen Krieges als nationalbewußter Franzose tätig war, und aufgetreten ist, und der sein Vaterland liebt, für das er sein Leben in schwerer Zeit aufs Spiel gesetzt hat, seines wissenschaftlichen Potentials entbehrt, für den Joliot wie kein anderer geschaffen ist, und für den wohl kaum ein Ersatz gefunden werden kann, der über ähnliche Fähigkeiten verfügt wie Professor Joliot, abgesehen davon, daß die bekannten

Kernforscher Frankreichs praktisch Schüler von Joliot sind und so sein Geist nicht aus dieser Position verbannt werden kann.

Nur eine verblendete Staatsführung kann einen friedliebenden Mann wie Prof. Joliot, der nachweislich seinem Vaterlande große nationale Dienste geleistet hat, aus einer Position entlassen, in der er Frankreich auf dem Gebiet der Atomforschung an die Spitze der Nationen hätte setzen können.

Wer die Ehre hatte, je mit Prof. Joliot Gespräche zu führen, dürfte den tiefen Eindruck, den dieser in wissenschaftlichen und politischen Fragen fundierte Mann bei jedem hinterläßt, nicht vergessen. Prof. Joliot ist das lebende Beispiel dafür, daß ein Wissenschaftler weltanschaulich geschildert sein kann, ohne daß seine Forschungen darunter leiden, sondern gerade im Gegenteil, daß durch seine gefestigte Weltanschauung seine Forschungen gefördert werden. Joliot verkörpert so den fortschrittlichen Gelehrten, wie er dem wissenschaftlichen Nachwuchs als hohes Ziel vorschwebt.

Die deutschen Atomforscher sind über die Maßnahme der französischen Regierung, die Prof. Joliot seines Amtes enthob, um so erschröckter, als hier ein Kampf um die Wissenschaft nicht vergessen. Prof. Joliot ist das lebende Beispiel dafür, daß ein Wissenschaftler weltanschaulich geschildert sein kann, ohne daß seine Forschungen darunter leiden, sondern gerade im Gegenteil, daß durch seine gefestigte Weltanschauung seine Forschungen gefördert werden. Joliot verkörpert so den fortschrittlichen Gelehrten, wie er dem wissenschaftlichen Nachwuchs als hohes Ziel vorschwebt.

Keine Illusionen um das Mitbestimmungsrecht

Es ist noch nicht in den Betrieben gesichert

Sie tun so, als ob nun alles in bester Ordnung wäre, was das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben angeht. Aber es ist durchaus nichts in Ordnung, auch in Hessen nicht, wo die sozialdemokratische Zeitung „Volksstimme“ unter der Schlagzeile erscheint, „Mitbestimmungsrecht endlich in Kraft“. Die Tatsache, daß der Hohe Kommissar der US-Besatzungszone, Mc Cloy, den Einspruch gegen das Betriebsrätegesetz in Hessen zurückgezogen hat, in dem bekanntlich noch einige Paragraphen enthalten sind die vom Mitbestimmungsrecht der Arbeiter sprechen, gibt an sich keinen Anlaß dazu, daß man bei den Arbeitern die Illusion erweckt, als ob damit ihr Mitbestimmungsrecht in den Betrieben gesichert sei.

Das Gegenteil ist der Fall; und wenn man sich die Entwicklung des „Mitbestimmungsrechts“ gerade in Hessen ansieht, dann erkennt man leicht, daß von dem ursprünglichen Entwurf nicht mehr viel übrig geblieben ist. Besonders fiel uns auf, daß die ursprünglichen Bestimmungen, die sich gegen Militarismus und Nazismus wenden, in dem Militärgesetz nicht mehr enthalten waren. Da war zunächst — ausgegeben am 11. August 1947 — die Vorlage Nr. 367 des Staatsministeriums für ein Betriebsrätegesetz für das Land Hessen. Darin gab es noch den Paragraph 29, in dem es heißt:

1. Der Betriebsrat hat das Recht, mit den Behörden bei der Verhinderung von Rüstungsvorhaben und bei der Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus zusammenzuarbeiten.

2. Er ist berechtigt und verpflichtet, sich zu diesem Zweck an die zuständigen Behörden zu wenden.“

Selbstverständlich sind solche Paragraphen in dem westdeutschen Separatstaat, der eine Rüstungsbasis werden soll, nicht mehr möglich. Nicht umsonst enthält das Besatzungsstatut für Westdeutschland jene Paragraphen, die den westlichen Besatzungsmächten die Entscheidung auf diesen Gebieten vorbehalten.

Das Beispiel Hessen ist für den Kampf der Werktätigen um das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in vieler Beziehung lehrreich. Heute wollen wir nur noch darauf hinweisen, daß die rechten sozialdemokratischen Führer in Hessen und ihre Redakteure bis heute noch nicht haben Kenntnis nehmen wollen von der Tatsache, daß man in Bonn die Erklärung des Hohen Kommissars Mc Cloy ganz anders verstanden hat, als die sozialdemokratische Führung in Hessen, die damit die Illusion erweckt, als sei das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben nun schon gesichert. In Bonn aber sah man darin eine Aufforderung Mc Cloy an die Separatregierung des Dr. Adenauer nun recht bald ein Bundesgesetz zu schaffen, das automatisch die Sonderregelung in den Ländern ausschließt und im gesamten Bundesgebiet das wirkliche Mitbestimmungsrecht der Arbeiter verhindert.

Man spricht dabei sehr viel von „Wirtschaftsdemokratie“, bestehend aus Mitbestimmungsrecht, Informationsrecht, Mithörungsrecht für die Arbeitnehmer, aber mit einer demokratisierten Wirtschaft hat das nicht im geringsten etwas zu tun, sondern soll sie gerade verhindern. Die Arbeiter aber dürfen sich nicht mit einigen schönen Reden abfinden lassen, es geht darum, den „Herr-im-Hause“-Standpunkt wirklich zu überwinden.

essiert sind, ausdrücklich auf die oben geschilderten Umstände aufmerksam zu machen.“

Welchen Umfang müssen die Uebergriffe der Tito-Behörden gegen Deutsche, die einer Gefangenschaft gleichkommen, schon zugezogen haben, wenn Bonn und München sich genötigt sehen, vor Tito, dem Schoßkind der Wallstreet in New York und der City in London zu warnen.
I. H.

Generalstreikdrohung in Finnland erzwingt 15 Proz. Lohnerhöhung

Helsinki. Kurz vor dem angekündigten Termin des finnischen Generalstreiks haben die Unternehmer nachgegeben. Es kam zwischen den Gewerkschaften und Unternehmerorganisation eine Vereinbarung zustande, wonach den Arbeitern eine 15prozentige Lohnerhöhung garantiert, in Zukunft die Löhne wieder an den Index der Lebenshaltungskosten gebunden wird. Den niedrig bezahlten Arbeitern wird eine Mindestlohnhöhung garantiert. Die Vereinbarung bedarf noch der Zustimmung des Vorstandes des Zentralgewerkschaftsbundes.

Der Streik der Lokomotivführer der den Auftakt zum gesamten Lohnkonflikt in Finnland gegeben hatte, geht noch weiter da über die Erhöhung der von ihnen geforderten Alterspensionen noch keine Einigung erzielt werden konnte.

Entschlossene Haltung siegt

Erfolgreiche Beendigung des Streiks bei den Chrysler-Automobil-Werken

New York. (EB). Die entschlossene Haltung der seit mehr als drei Monaten streikenden 90 000 Automobilarbeiter der Chrysler-Werke hat die Gesellschaft gezwungen, den Forderungen auf Erhöhung der Pensionen und der Krankengeldzuschüsse zu entsprechen. Die Arbeiter werden am Montag die Arbeit wieder aufnehmen.

Eisenbahnerstreik auch in Irland siegreich

Dublin. (EB). Der Streik der Eisenbahner der staatlichen Eisenbahn von Irland wurde am Donnerstag nach viertägiger Dauer erfolgreich beendet. Die Direktion der Staatsbahn hat sich bereit erklärt, die von den Eisenbahnern gestellte Forderung auf Verbesserung der Arbeitsbedingungen in vollem Umfange zu erfüllen.

„Ganz Europa tief beeindruckt“

Frankfurt. (EB). Die „New York Times“ die Zeitung der Truman-Partei, schreibt am 3. Mai, daß der Appell des Internationalen Roten Kreuzes an 62 Regierungen, die Atomwaffe zu sichten, in ganz Europa einen tiefen Eindruck zurücklasse. „Widerwillig gibt die Zeitung zu, daß es sich um einen Aufruf der unanfechtbar nichtkommunistischen Ursprungs“ handelt. In Europa sei man allgemein über die Atomabsichten der USA unruhig und auch die Behauptung von Verteidigungsabsichten gegenüber der UdSSR vermag die meisten Europäer, welcher politischen Auffassung sie auch sind, nicht zu beeindrucken.“

Unter der Labour-Regierung

Polizeigewalt gegen Mai-Demonstrationen

London. Wenn es schon bezeichnend ist, daß im Lande einer Arbeiter-Regierung die Feier des 1. Mai auf den nächstfolgenden Sonntag gelegt werden mußte, ist es noch bezeichnender, daß an diesem Tage in der Hauptstadt des Landes gegen Arbeiter- und Friedensdemonstrationen Polizei eingesetzt und 60 Demonstrierende verhaftet und der größere Teil von ihnen vor Gericht gestellt wurde.

Die Verhaftungen erfolgten, als mehrere Demonstrationzüge in London nach dem Trafalgar Square zogen. Die Polizei zerstörte Transparente, auf denen „Frieden“ und „Schluß mit dem Krieg in Malaya“ und „Nieder mit der Atombombe“ gefordert wurde.

Die Protestdemonstrationen der Londoner Arbeiter richteten sich gegen die Außenministerkonferenz in London, die die Kriegsvorbereitung zum Ziele hat.

40000 neue Entlassungen in Westberlin

Berlin. (EB). Bis zum 1. Mai wurden nach Angaben der Westberliner Verwaltung 50 000 Erwerbslose zu Notstandsarbeiten herangezogen. Nach einer Statistik des Berliner Amtes für Arbeit ist die Zahl der Erwerbslosen bis zum 1. Mai aber nur um 10 000 gesunken, während zu gleicher Zeit die Westberliner Firmen 40 000 neue Entlassungen vornehmen mußten.

Auf dem Wege einer zentralen Regelung

durch die Gesetzgebung oder durch Verhandlungen zwischen den Unternehmerverbänden und den Gewerkschaften wird in Westdeutschland das Mitbestimmungsrecht der Arbeiter in den Betrieben nicht verwirklicht. In jedem Betrieb müssen die Arbeiter sich ihr Betriebsprogramm schaffen, müssen um Betriebsvereinbarungen kämpfen, in denen ihr Mitbestimmungsrecht garantiert wird. Dabei müssen sich die Arbeiter bewußt sein, daß ihr Kampf um das Mitbestimmungsrecht ein Kampf gegen die westdeutsche Reaktion, ein Kampf um die Erhaltung der Demokratie und um den Frieden ist, und daß darum ihr Kampf nicht zu trennen ist von den allgemeinen politischen Forderungen der Werktätigen in Westdeutschland.

Die verschiedensten Vorschläge, die in Bonn bereits gemacht wurden, um den Unternehmerstandpunkt durchzusetzen, — den „Führer- und Erfolgsschafts- Standpunkt“ — beweisen, daß sich die Unternehmerverbände der hochpolitischen Bedeutung des Kampfes um das Mitbestimmungsrecht bewußt sind. Sorgen wir in den Gewerkschaften dafür, daß auch die Gewerkschaftler sich der hohen Bedeutung des Kampfes um das Mitbestimmungsrecht bewußt werden, sich keinen Illusionen hingeben und begreifen, daß auch dieser Kampf ein Abschnitt ist, in dem großen Kampf um die einheitliche, deutsche demokratische Republik, um den Frieden Europas. Weder Einheit, noch Frieden wird es geben, wenn die Werktätigen nichts zu bestimmen haben. Mitbestimmen aber haben sie nur soviel als sie sich das Mitbestimmungsrecht erkämpfen.
E. M.

Erklärung der KPD-Fraktion zu Adenauers Regierungserklärung

Aus dem Protokoll der Bundestagssitzung vom 5. Mai 1950

Dr. Köhler Das Wort hat der Herr Abgeordnete Renner.

(Zurufe von den Regierungsparteien: Ausgeschlossen, keine Aussprache! — Die Abgeordneten erheben sich von ihren Plätzen und beginnen den Saal zu verlassen. — Zurufe: Die Sitzung schließen! Abg. Hilbert: Wir beantragen Schluß der Sitzung!)

Renner (KPD): Das geht schlecht; dann müssen sie ihre Geschäftsordnung auf den Kopf stellen. Es kommt ihnen anscheinend auf einen kleinen Verfassungsbruch mehr oder weniger schon gar nicht mehr an. Sind Sie denn so bange, anzuhören, was ich Ihnen zu sagen habe?

(Abg. Dr. Horlacher: Ich bezweifle die Beschlußfassung des Hauses! — Zuruf von der CDU: Wir wollen die Agenten der Sklavhalter nicht anhören! — Abg. Dr. Lehr: Ich bezweifle die Beschlußfähigkeit des Hauses!) Das können Sie nur im Fall einer Abstimmung. Das sollten Sie wissen, Herr Lehr.

Dr. Köhler: Herr Abgeordneter Lehr, wir sind in der Beratung.

(Abg. Dr. Horlacher: Ich beantrage, die Sitzung zu unterbrechen; das kann ich! — Die Abgeordneten aller Parteien mit Ausnahme der KPD haben den Saal verlassen.)

Rede des Abgeordneten Renner

Renner (KPD): Der Herr Abgeordnete Löbe hat im Namen der Fraktionen eine Erklärung vorgelegt, von der er eingangs erwähnte, daß sie ohne Beteiligung der kommunistischen Fraktion zustande gekommen

sei. Ich stelle dazu fest, daß die kommunistische Fraktion vorher überhaupt nicht gefragt worden ist, ob sie sich an einer derartigen Erklärung beteiligen will und wie sie sich zu einer derartigen Erklärung stellt. Der Herr Abgeordnete Löbe ist offensichtlich von der Erkenntnis ausgegangen, daß man unsere Fraktion nicht dazu benutzen kann, um sich als Instrument einer, noch über den Rahmen des bisher Üblichen hinausgehenden Hetze gegen die Sowjet-Union mißbrauchen zu lassen. Wenn das seine Erkenntnis war — und ich traue ihm soviel politische Erkenntnis zu —, dann hat er sich tatsächlich nicht geirrt.

Wir haben am 27. Januar einen Auftakt zu der heutigen Erklärung erlebt. Im übrigen möchte ich vorausschicken, um das ja nicht zu vergessen, daß die Erklärung des Herrn Bundeskanzlers sich in etwas von dem Inhalt ihrer gemeinschaftlichen Erklärung dadurch unterscheidet, daß der Herr Bundeskanzler heute zum ersten Mal die Sowjet-Union direkt angesprochen und sie direkt ersucht hat, gewisse Auskünfte zu geben. Er hat sich dabei eines Tones bedient, der normalerweise unter Regierungen nicht gerade üblich ist; aber das ist sein Privatvergnügen. Sie, Herr Kollege Löbe, haben sich in Ihrer Resolution ausschließlich an die alten Instanzen gewendet, an die bisher auch solche Appelle gerichtet worden sind, an die UNO, an die Demokratie usw., an die Menschlichkeit und an alle diese Begriffe, die so schwer zu fassen und so schlecht auf einen einseitigen Nenner zu bringen sind.

deutschen Fremdenlegionäre nicht an unsere Bundesregierung gemeldet werden, sondern daß sie über die zuständigen Landesstellen zu erfahren sind, in diesem Fall über die zuständige französische Militärstelle in Berlin. Ich habe am 27. Januar 1950 hier ausgesprochen, daß diese französische Dienststelle in Berlin Verluste, die heute innerhalb der Fremdenlegion im Kampf in Indochina, in Vietnam vorkommen, als deutsche Kriegsverluste meldet, daß also diese die Fiktion aufrechterhält, als seien die heute Verstorbenen im Zuge des zweiten Weltkrieges verstorben.

Aber Herr Konrad Adenauer, hier in dem Brief steht noch etwas mehr. Hier steht doch, daß Sie dieses Material in die Hand bekommen haben. Er wußte von der Frage die kommt. Er hat es vorgezogen, sich der Beantwortung der Frage zu entziehen. Sie war ihm angekündigt. Dieser Brief ist von uns in der Presse veröffentlicht worden, und ich habe dafür gesorgt, daß er vorher erfährt, daß ich heute diesen Brief hier aus-

werten werde, um zu beweisen, daß sich dieses Material über die Gefallenen seit Jahr und Tag im Besitze sogar unserer eigenen Bundesregierung befindet.

Ich gehe einen Schritt weiter. Vor einigen Wochen haben wir auf Betreiben der Bundesregierung und mit Billigung der Mehrheit des Bundestages hier die Durchführung von statistischen Erhebungen über die Zahl der von ihren Angehörigen noch als vermißt betrachteten ehemaligen Kriegsteilnehmern erlebt. Bei dieser Erhebung hat sich nach einer Meldung in der „Neuen Zeitung“, in diesem deutsch-amerikanischen Organ, folgendes ergeben, daß 114 000 Kriegsgefangene noch von ihren eigenen Angehörigen als vermißt angesehen werden. Diese Zahl wurde nun nachher entsprechend umfrisiert. Man rechnete zu diesem Ergebnis, daß auf Rückfragen der Angehörigen dieser 250 DM Uebergangshilfe vom Vorliegen der Bedürftigkeit abhängig gemacht worden ist? So erklärt sich der Zustand, so erklärt sich auch unsere Behauptung, daß ihnen dieser sogenannte, von ihnen scheinbar ehrlich geführte Kampf um die Herausgabe und die Freilassung der nach ihrer Version noch in russischer Gefangenschaft befindlichen Kriegsgefangenen nichts anderes ist als ein Instrument der Hetze gegen die Sowjet-Union.

Für die Heimkehrer jedoch wird nichts getan

Wo sind die Verlustlisten, Herr Konrad Adenauer, die nach einem Schreiben von McCloy in ihre Kompetenz übergegangen sind? Sie haben hier in diesem Hause am 27. Januar ausgesprochen: „Lassen Sie mich weiter ein Wort an die gesamte Weltöffentlichkeit richten. Hier handelt es sich um solche Vergehen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, daß sich die gesamte Öffentlichkeit sich dagegen empören muß.“ Und die Öffentlichkeit, wenigstens in diesem Saale hier, hat sich empört. Die Fraktionen sind von ihren Plätzen aufgestanden, nachdem sie eine gemeinschaftliche Resolution wie auch heute zur Verlesung und zur Annahme gebracht haben.

Aber, meine Herren, in der Zwischenzeit haben wir in diesem Hause auch noch etwas anderes erlebt, nämlich den Kampf um eine ausreichende und gerechte Versorgung der Kriegsober. Da haben sie bisher restlos versagt. Wir erleben den Kampf um die Regelung der Bezüge der Heimkehrer. Darf ich Sie daran erinnern, wie hier vor einigen Tagen um die Formulierung gestritten wor-

den ist „bis zu 250 DM Uebergangshilfe“? Darf ich Sie daran erinnern, wie mit der Zustimmung der gesamten Mehrheit des Hauses außer unserer Fraktion, die Hergabe dieser 250 DM Uebergangshilfe vom Vorliegen der Bedürftigkeit abhängig gemacht worden ist? So erklärt sich der Zustand, so erklärt sich auch unsere Behauptung, daß ihnen dieser sogenannte, von ihnen scheinbar ehrlich geführte Kampf um die Herausgabe und die Freilassung der nach ihrer Version noch in russischer Gefangenschaft befindlichen Kriegsgefangenen nichts anderes ist als ein Instrument der Hetze gegen die Sowjet-Union.

Das ganze Manöver dient nur zur Hetze gegen die Sowjetunion

Ich komme zum Schluß. Wir haben vor einigen Wochen erfahren, daß der Kampf gegen die Sowjet-Union, damit also der Kampf gegen die Kräfte des Friedens einen neuen Auftrieb erhalten soll. Herr Truman hat die „Wahrheitskampagne“ eingeleitet.

Ein zweckbedingtes Spiel mit Zahlen

Der Herr Bundeskanzler hat sich hier hingestellt und die Richtigkeit der TASS-Meldung bezweifelt. Ich kenne diese TASS-Meldung aus der Welt. Er hat gesagt, sie entspricht keinesfalls — so wörtlich — den Tatsachen. Er bezweifelt also die Richtigkeit der in dieser Meldung enthaltenen Zahlen. Er sagt, daß zwischen den offiziellen Meldungen in der Periode von 1947 bis 1950, hinter denen offizielle sowjetische Regierungsstellen stehen, kein Zahlenunterschied besteht. Er geht dann auf eine TASS-Meldung aus dem Jahre 1945 zurück, die bekanntlich, das sollten Sie, Herr Kollege Löbe wissen, der Sie die bittere Aufgabe übernommen haben, hier die Gesamtheit der Fraktionen zu verkörpern, die hinter ihrer Resolution stehen, schon seit Jahr und Tag von offizieller sowjetrussischer Stelle als falsch bezeichnet worden ist. Hier wird wieder einmal mehr ein Spiel mit Zahlen getrieben. Hier wird mit Zahlen operiert, die keine Spur von innerer Wahrhaftigkeit tragen, uns wird zugemutet, daß wir diese Zahlen als glaubwürdigere Zahlen als die offiziellen Zahlen der Sowjet-Union anerkennen. Zahlen! Noch den Wahlkampf im Jahre 1947 hat die CDU mit einem großen Plakat bestritten, auf dem zu lesen war: 7 Millionen Kriegsgefangene werden in der Sowjet-Union zurückgehalten. Das war die Überschrift.

in Rußland und ihre Belegung gegeben haben, während das Statistische Amt bei seinen Schätzungen offenbar auch allgemeine Überlegungen berücksichtigt hat.“ Was waren das für allgemeine Überlegungen? Das waren Überlegungen, die aus ihren propagandistischen Bedürfnissen einer verstärkten Hetze gegen die Sowjet-Union resultieren. So liegen die Dinge.

Die Gefallenenkartei befindet sich im Besitz der Bundesregierung

Dann haben wir am 27. Januar 1950 die Debatte hier im Hause erlebt, und zwar im Anschluß an einen Antrag meiner Fraktion, in dem die Bundesregierung ersucht wurde, von der Hohen Kommission die Herausgabe der Totenlisten zu fordern. Der Herr Bundeskanzler hat damals gesagt, daß sich ein Teil der Akten — und zwar nannte er damals 100 000 — wenn ich mich nicht irre; ich will mich aber auf die Zahl nicht festbeißen — in russischer Verwahrung befindet. Heute sagt er: Das Großteil dieses Materials befindet sich in den Händen der Russen, die es nicht herausgeben. Wir haben damals, am 27. Januar 1950 gesagt, daß das gesamte Material sich seit Jahr und Tag in der Hand der westlichen Alliierten Dienststellen befindet. Vor mir liegt die Fotokopie eines Schreibens, das der Hohe Kommissar der Vereinigten Staaten für Deutschland am 15. März dieses Jahres an einen Herrn Fritz Fehrmann in Langen (Hessen), gerichtet hat. Dieses Schreiben, das ich hier mit einer notariellen Beglaubigung über die Richtigkeit des Inhalts vorzulegen in der Lage bin, hat ins Deutsche übersetzt folgenden Inhalt:

„Sehr geehrter Herr Fehrmann! Herr McCloy hat mich gebeten, Ihnen auf Ihr Auskunftsersuchen über ehemalige deutsche Soldaten zu antworten, die als vermißt gemeldet worden sind. Obwohl Herr McCloy dem Wunsche von Millionen Deutscher Verständnis entgegenbringt, die nähere Auskunft über ihre Väter, Brüder und Söhne erlangen wollen, muß er Ihnen mitteilen, daß solche Listen, wie Sie sie erwähnen, schon lange in die Zuständigkeit der deutschen Bundesregierung übergegangen sind.“

Am besten können Sie in dieser Angelegenheit von Ihrer Bundesregierung Auskunft erhalten. Sie sollten Anfragen über ehemalige deutsche Soldaten, die in militärischen Organisationen wie die französische Fremdenlegion dienen, an die Regierungen der betreffenden Länder richten.“

Also ein Hinweis darauf, daß die Zahlen über die in der Fremdenlegion gefallenen

XXIII. Internationale Messe in Poznan

Vom 29. April bis zum 14. Mai findet in Poznan (Posen) die XXIII. Internationale Messe statt. Bereits in den ersten drei Tagen wurden 150 000 Besucher auf der Messe gezählt. Diese Zahl beweist den gewaltigen Aufschwung und die Bedeutung der diesjährigen Messe.

Mehr als in den vergangenen Jahren stehen in diesem Jahr im Vordergrund der Ausstellungsobjekte die Erfolge der polnischen Industrie. Vor allem kann die Schwerindustrie mit einem reichhaltigen Sortiment aufwarten; Werkzeugmaschinen, Turbinen, Textil- und Bergbaumaschinen sind ein bereicherter Ausdruck des technischen Fortschrittes des Landes, das erst vor fünf Jahren mit der planmäßigen Entwicklung seiner Industrie beginnen konnte. Auch die zeitgemäßen Arbeitsverhältnisse der polnischen

Wir wollen Frieden, Freiheit und Recht Daß niemand sei des andern Knecht!

schon Werktätigen werden auf der Messe ausführlich beleuchtet. Die Errungenschaften und die Entwicklung in der Textilindustrie erregen bei den Messebesuchern ebenso starke Bewunderung, wie die Erzeugnisse des stark entwickelten Maschinenbaus, Lastkraftwagen und Traktoren gehören zu den stark beachteten Leistungen polnischer Betriebe.

Die Erfolge auf dem Gebiet der Mechanisierung und Modernisierung der Landwirtschaft werden in mehreren Hallen sichtbar gemacht. Hierbei ist besonders eindrucksvoll das übersichtlich angeordnete Material über die Staatshilfe, die den Klein- und Mittelbauern zugute kommt.

An der Spitze der ausländischen Aussteller steht die UdSSR. Das von ihr ge-

zeigte Ausstellungsmaterial ist zugleich die praktische Bestätigung der im sowjetischen Pavillon von der Wand leuchtenden Worte Stalins, denen zufolge die moderne Technik das Fundament der sowjetischen Industrie und Landwirtschaft bildet. Im Vergleich zu anderen Ländern steht die Sowjetunion im Hinblick auf Technik und Bedarfsdeckung von Industrie und Landwirtschaft an führender Stelle.

Die Tschechoslowakei stellt u. a. Werkzeugmaschinen, funktionsreiches Gerät, Schreib- und Nähmaschinen, sowie vorzügliche Lederwaren aus. Bemerkenswert sind ebenfalls die leistungsfähigen Traktoren und anderen Landwirtschaftsmaschinen. Die ungarische Industrie zeigt Maschinen, Traktoren, Motorräder, sowie Leder- und Schmuckwaren, während der bulgarische Stand überzeugend die Entwicklung der bulgarischen Landwirtschaft illustriert. Rumänien stellt landwirtschaftliche Produkte, Wein, Spinnstoffe und Erzeugnisse der Volksindustrie aus.

Die Deutsche Demokratische Republik ist ebenfalls auf der Messe vertreten. Sie zeigt vor allem Druck- und landwirtschaftliche Maschinen, Pumpen, Motoren, Lastkraftwagen, elektrische Lokomotiven, Kräne, Installationsapparate und elektrische Küchengeräte. Auch chemische Produkte der deutschen Industrie sind stark vertreten, ferner Porzellan, optische Präzisionsinstrumente, sanitäre Einrichtungen, Röntgenapparate, Rundfunkgeräte, Lehrmittel, Sportgeräte, Textilwaren, sowie Musikinstrumente. Die deutsch-polnische Gesellschaft hat einen eigenen Stand, der für Frieden und gute nachbarliche Beziehungen zwischen beiden Ländern wirbt.

Auch viele Firmen aus kapitalistischen Staaten sind in Poznan vertreten. So zeigt die Exportgruppe der dänischen Metallindustrie u. a. einen Schiffsmotor. Holland bietet,

Alle Dreckschleudern in der gesamten Welt sind mit neuem Material versorgt worden, um diese Hetze systematisch zu steigern. Unser Vizekanzler, Herr Blücher, hat in dasselbe Horn hineingehaut. Auch er hat zur Eröffnung dieser Kampagne der Wahrheit gegen die Sowjet-Union aufgerufen. Warum das? Sie wissen ganz genau, daß unser deutsches Volk den Frieden will. Sie wissen ganz genau, daß unser deutsches Volk es ablehnt, daß von Regierungsstellen und von Parteien die Hetze gegen die Sowjet-Union weitergetrieben und verstärkt wird. Sie haben erfahren, wie das Volk über die Aktion der Unterschriftensammlung für den Frieden denkt. Ihnen wird bange vor den in Westdeutschland wachsenden Kräften des Friedens, und darum müssen sie alle Kanäle aufmachen, um eine verstärkte Hetze gegen die Sowjet-Union durchzuführen. Das ist auch der Zweck, der hinter dieser heutigen Aktion steht. Es kommt ihnen darauf an, mit psychologischen Mitteln Widerstand gegen die in Westdeutschland wachsenden Kräfte zu schaffen, die den Frieden wollen. Sie müssen diesen Kampf führen, weil ihr politisches Tun und Arbeiten und Wirken darauf hinausläuft, die Jugend Westdeutschlands in den vom USA-Monopolkapital geleiteten und systematisch vorbereiteten neuen Krieg einzuschalten. (Abg. Gerstenmeyer CDU: Herr Präsident, das ist eine Beleidigung des Hauses.) Sie wollen diese Hetze. (Abg. Strauß CDU: Schluß jetzt!) Sie wollen diese Hetze, wie Sie den Krieg wollen, ja wie sie den Krieg wollen? (Abg. Dr. Gerstenmeyer CDU: Das ist eine erneute Verdächtigung!) Wollten Sie den Kriegsgefangenen helfen, die nach ihrer Darstellung noch in sowjetrussischer Kriegsgefangenschaft sind (Abg. Strauß: Nach unserer Meinung?). Wollten Sie sich wirklich bemühen um die gegen die noch Kriegsversahren wegen Kriegsverbrechen anhängig sind, was ich in der TASS-Meldung auch gelesen habe, dann müßten sie sich anderer Methoden bedienen als der Methoden, die Sie in dieser Entschließung hier erneut anwenden. Diese Entschließung hilft den Kriegsgefangenen nicht, das ist auch gar nicht der Zweck ihrer Aktion, den Kriegsgefangenen zu helfen. Ihre Aktion hat einen anderen Zweck. (Abg. Dr. Gerstenmeyer: Herr Präsident, das ist eine Gemeinheit, eine Unterstellung.) Den Zweck, den ich soeben umrissen habe. (Unruhe.)

Dr. Köhler: Herr Abgeordneter Renner, ich rufe Sie zum dritten Male zur Ordnung wegen einer Beleidigung der Gesamtheit des Hauses und entziehe Ihnen hiermit das Wort. Bitte verlassen Sie das Rednerpult.

XXIII. Internationale Messe in Poznan

ähnlich wie Oesterreich, vorwiegend Erzeugnisse der elektrotechnischen Industrie an. Die Industrie Großbritanniens wartet mit Motoren und Generatoren auf, während Schweden telefonische Vorrichtungen und Schweißapparate ausstellt. Auch Privatfirmen der Schweiz, Norwegens, Italiens, Frankreichs und Belgiens werben in Poznan für ihre Erzeugnisse.



Froh blicken Ihre Augen in die Zukunft Aktivistinnen aus der DDR beim Einsatz für die Frühjahrsbestellung. Sie wissen, daß ihre Arbeit dem Frieden dient

Umsiedler-Delegation aus der DDR zurückgekehrt

Nach zehntägigem Aufenthalt in der Deutschen Demokratischen Republik kehrten 24 Umsiedlerdelegierte nach Westdeutschland zurück. Die Delegation setzte sich aus Umsiedlerfunktionären aus den Ländern Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Bayern, Nordrhein-Westfalen, Hessen und Württemberg-Baden zusammen. In ihr waren Sozialdemokraten, Kommunisten, Parteilose und Bodenwerber vertreten. Die Delegation stand unter der Führung des Mitglieds des Hauptausschusses der Flüchtlinge in Bayern, Herrn Hadek, München, des Kreisvertreters der Flüchtlinge in Dieburg, Herrn Rössner, des Sachbearbeiters für Flüchtlingsfragen im hessischen Landtag, Herrn Rudolf Sturm-Rheinheim, Frau Erika Stahl, Lagerfunktionär, Wolfenbüttel.

Die Delegierten hatten die Möglichkeit, sich ungehindert und frei in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen über die Erfolge der Eingliederung der Umsiedler zu überzeugen. Sie besuchten Hunderte ehemalige Umsiedlerbauern auf ihren Neubauernhöfen,

sprachen mit ehemaligen Umsiedlern in Betrieben, Werkstätten und Wohnungen, unterhielten sich mit Kindern und Lehrern in Schulen, waren in Altersheimen und Kinderdörfern. Sie nahmen mit Umsiedlern Verbindung auf, die jetzt Betriebsleiter, Bürgermeister, Landräte, ja, sogar Minister sind. Abschließend konnten sie sich als Ehrengäste auf der Tribüne des 1. Mal in Berlin von der Tatsache des gewaltigen Vertrauens des ganzen deutschen Volkes zur Politik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik überzeugen.

Die Delegation gab bei ihrer Abreise der folgenden einstimmig angenommenen Entschließung ihrer Anerkennung über die gewaltigen Leistungen bei der Eingliederung von 4,5 Millionen Umsiedlern in der Deutschen Demokratischen Republik Ausdruck. Ihre Eindrücke ihren Leidensgenossen in Westdeutschland zu berichten und den Kampf zu organisieren, damit auch in Westdeutschland den Umsiedlern Arbeit und Boden, Gleichberechtigung und Wohnraum als Voraussetzung der Lösung des Umsiedlerproblems zuerkannt wird.

Die Ergebnisse unserer Reise geben uns die Überzeugung, daß das Problem der Umsiedler in der Deutschen Demokratischen Republik im wesentlichen gelöst ist, daß aus den Umsiedlern politisch, wirtschaftlich, kulturell und rechtlich gleichgestellte Bürger der Deutschen Demokratischen Republik geworden sind. In Hunderten von Diskussionen wurden uns die Ursachen dieser Tatsache klar: Durch die auf Grund der Potsdamer Beschlüsse durch-

geführten demokratischen Reformen und durch die konsequente Friedenspolitik der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik sowie der in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland vereinigten patriotischen Kräfte wurden die Voraussetzungen für die Assimilierung der Umsiedler geschaffen. Die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze als Friedensgrenze, die Herstellung freundschaftlicher Beziehungen zu allen Volksdemokratien und die Freundschaft zur UdSSR als der größten Friedensmacht schufen die Voraussetzungen für die Lösung eines der größten Nachkriegsprobleme, die Eingliederung von 4,5 Millionen Umsiedler als vollberechtigte Bürger, als gleiche unter gleichen.

Wir kamen aus den Erfahrungen der Delegation zu der Überzeugung, daß die demokratische Entwicklung der Deutschen Demokratischen Republik nicht nur tumhoch der Entwicklung in Westdeutschland überlegen ist, sondern zu ihr in direktem Gegensatz steht. Schmerzhaft kam uns die Lage unserer Umsiedelten in Westdeutschland zum Bewußtsein. Mit eindringlicher Deutlichkeit erkennen wir, daß die in Westdeutschland herrschenden Kräfte die Eingliederung der Umsiedler nicht durchführen können und nicht durchführen wollen. Sie geben uns keinen Boden, sie pferchen uns in Lager und in abseits liegende Dörfer.

Unsere Umsiedler sind zu Hunderttausenden arbeitslos. Unsere Kinder sind ohne Schulen und Lehrstellen, unsere Männer und Frauen verkommen in Elend und Hoffnungslosigkeit, und unsere Greise gehen betteln.

Die in Westdeutschland herrschenden in- und ausländischen Kreise können nicht die Einbürgerung der Umsiedler durchführen,

weil sie Gegner der demokratischen Reformen sind. Sie können nie die Lösung dieses Problems wollen, weil sie in den Umsiedlern ein wichtiges Objekt ihrer räuberischen Kriegspläne erblicken.

Sie versprechen uns unsere Heimat, in Wirklichkeit aber denken sie an ihre Profite und die Weltherrschaft. Sie sprechen von abendländischer Kultur und westlicher Zivilisation, uns Umsiedler aber machen sie zu Parias der Gesellschaft. Mit schmerzhafter Deutlichkeit kam uns „Flüchtlingen“ aus Westdeutschland der Gegensatz zwischen unserer Lage und der Lage unserer Landsleute in der Deutschen Demokratischen Republik zum Bewußtsein. Diese Erkenntnis ist eine Verpflichtung!

Wir werden unsere Leidensgenossen in Westdeutschland über unsere Erfahrungen in der Deutschen Demokratischen Republik wahrheitsgemäß berichten. Wir werden den Kampf gegen die Unfähigkeit und Hetze, gegen Sabotage und Kriegsvorbereitungen organisieren. Wir werden für die Eingliederung der Umsiedler, für ein einheitliches, demokratisches Deutschland, für den Abzug der Besatzungsmächte und für den Frieden an der Seite aller fortschrittlichen Kräfte im Osten und Westen den Kampf organisieren.

Besonders appellieren wir an die Jugend, den Kampf aufzunehmen, um ein menschenwürdiges Leben und Frieden und Gleichberechtigung in der neuen Heimat.

Wir danken der Regierung der Deutschen Demokratischen Republik, dem Nationalrat und allen unseren Freunden in der Deutschen Demokratischen Republik für das große Erlebnis unserer Delegation und geloben, Kämpfer für Einheit und Frieden zu sein.

Der Wortlaut der Entschließung:

In der Zeit vom 22. 4. bis 2. 5. 1950 bereisten wir 24 Umsiedler, Angehörige politischer Parteien und parteipolitisch ungebundene Menschen aus allen Teilen Westdeutschlands die Deutsche Demokratische Republik.

Wir stellten gemeinsam fest, daß uns die Möglichkeit gegeben wurde, unbeflüßelt und frei uns ein objektives Bild über die Erfolge der Einbürgerung der Umsiedler,

sowie über den Aufbau der demokratischen Ordnung in der Deutschen Demokratischen Republik auf einer Reihe von anderen Gebieten zu machen.

Wir konnten mit allen Menschen, die wir auf unserer Reise trafen, frei und ohne Zwang sprechen, uns völlig nach Wunsch in Wohnungen begeben und alle Einrichtungen besichtigen.

Die Neuwahl der Leitungen ist Sache aller Mitglieder

Betriebsgruppe der „Fitting“-Werke Singen führt Neuwahl durch

Am 6. 5. 50 hat die Fitting-Betriebsgruppe ihre zweite Generalversammlung durchgeführt und die Neuwahl der Betriebsgruppenleitung vollzogen. Es wäre falsch anzunehmen, daß mit der Neuwahl der Leitung alles in bester Ordnung wäre und die Aufgaben der Betriebsgruppe sich von selbst lösen lassen. Die einstimmig angenommene Resolution geht gerade deshalb von den vorhandenen Schwächen aus und stellt sich die Aufgabe, dieselben zu überwinden.

Zum Ausgangspunkt der Diskussion der zweiten Mitgliederversammlung nahm der Betriebsgruppenvorsitzende Stellung zu den durchgeführten Betriebsratswahlen, zum Verlauf des 1. Mai und zum Kampf zur Erhaltung und Festigung des Friedens, wobei er gleichzeitig seine Ausführungen auf die von der bisherigen Betriebsgruppenleitung ausgearbeitete Resolution bezog. Mit Recht vertrat er die Auffassung, daß die Ergebnisse der Betriebsratswahl in den Fittingwerken einen guten Auftakt darstellen, um die in der Belegschaftsversammlung vom 17. 4. erhobenen Forderungen zur Verbesserung der Lage der Arbeiter auch durchzusetzen. Es kommt jetzt nicht auf Zahlenakrobatik an, sondern darauf, daß sich der gewählte Betriebsrat einmütig für die Interessen der Belegschaft einsetzt. Eine ernsthafte Kritik wurde an der Durchführung des 1. Mai geübt, zumal in der Kundgebung ein anderer Redner als der vorgesehene auftrat.

Für die Unterschriftensammlung gibt es auch in der Betriebsgruppe eine Reihe guter Beispiele, aber im aktiven Einsatz aller Genossen sind noch ernsthaftige Lücken vorhanden.

In der anschließenden Diskussion wurde die Kritik in einer Reihe von Fragen noch ergänzt. Man wandte sich vor allem dagegen, daß die Unterschriftensammlung für den Frieden als eine Sache der KP hingestellt wird und verwies darauf, daß der Beschluß der Weltfriedenskonferenz in Stockholm, der nicht nur das Verbot der Atomwaffenherstellung fordert, sondern auch die Verurteilung derjenigen Regierung, die sie als erste anwendet, nicht nur eine Frage der Kommunistischen Partei sein kann. Der Wille zum Kampf für die Erhaltung des Friedens muß von allen fortschrittlichen Menschen durch das Abgeben ihrer Unterschrift bejaht werden.

Stadtrat gegen unverschämte Naziaktivisten

Baden-Baden. Wie wir vor kurzem mitteilten, hatte der frühere Bürgermeister Kurt Bürkle an alle Mitglieder des Baden-Badener Stadtrates ein Rundschreiben gerichtet, in dem dieser alte Nazi-Aktivist gegen die Stadtverwaltung den Vorwurf eines Verstoßes gegen die Menschlichkeit erhob und Wiedergutmachung verlangte, weil die von ihm beantragte Nachzahlung seiner „Pflichtbezüge“ vom April 1945 bis heute vom Stadtrat abgelehnt wurde. Die Fraktionen des Baden-Badener Stadtrates, u. a. auch die Vertreterin der KP, sahen sich daher veranlaßt, an Bürkle folgendes Schreiben zu richten:

„Ihr an die Mitglieder des Stadtrates gerichtete Schreiben vom 10. März 1950 ist zur Aussprache und Entscheidung gelangt. Von diesem Stadtratsbeschlusse erhalten Sie amtlich Kenntnis.“

Die im Stadtrat vertretenen Parteien sind nicht in der Lage, Ihre Ausführungen in dem genannten Schreiben ohne Widerspruch hinzunehmen. Sie verwarfen sich insbesondere gegen die Behauptung, die Stadtverwaltung verweigere Ihnen rechtlich begründete Ansprüche und sie weisen mit aller Entschiedenheit die Behauptung zurück, es handle sich bei der bisherigen amtlichen Behandlung Ihrer Angelegenheit um „Unmenschlichkeit“ und „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“.

Die nach Beseitigung der nazistischen Gewaltherrschaft gegen Sie getroffenen Maßnahmen sind teils von der Besatzungsbehörde veranlaßt, teils von der Stadtverwaltung nach deren Anordnungen vollzogen worden. Durch Säuberungsbescheid der Spruchkammer Freiburg vom 16. September 1945 wurden Sie in die Gruppe der Schuldigen eingereiht und damit für unfähig erklärt, öffentliche Ämter zu bekleiden. Durch diese Entscheidung verloren Sie auch alle gesetzlichen Ansprüche auf Pension, Rente und Unterstützung aus öffentlichen Mitteln. Der Hinweis auf diese Rechtslage aber nur nebelhaft.

Die Fraktionen des Stadtrates der Stadt Baden-Baden sprechen Ihnen ausdrücklich das Recht ab, gegen die Stadtverwaltung Vorwürfe unzumutbarer Behandlung zu erheben und deren Verhalten als Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu bezeichnen.

Sie waren als alter Kämpfer, Ortsgruppenleiter, Kreisleiter und als vom nazistischen Reichsstatthalter berufener politischer Kommissar, Bürgermeister und stellvertretender Bürgermeister tätig.

Gewerkschaft Holz im Lohnkampf

Freiburg. Die am 2. Mai einberufene Protestversammlung der Gewerkschaft Holz Ortsverwaltung Freiburg bei welcher die vorhandenen Räume im Freiburger Gewerkschaftshaus nicht ausreichten, zeigte der Verhandlungsbereitschaft der Holzarbeiter geschlossen und einzig zu den gestellten Lohnforderungen stehen.

Bezirksleiter Kollege Lipp gab einen ausführlichen Bericht über den Stand der Verhandlungen. Mit großer Erregung wurde von den Versammelten ein Schreiben der Fachvereinigung der Holzverarbeitenden Industrie zur Kenntnis genommen, welchem zu entnehmen war, daß die Unternehmer vor dem 16. Mai nicht bereit sind, in Lohnverhandlungen einzutreten. Die Anwesenden nahmen sehr scharf Stellung gegen die Verschleppungsfaktik der Unternehmer und gaben ihrer Entschlossenheit Ausdruck, daß sie nicht bereit sind, den vorgeschlagenen Termin abzuwarten.

Bei einem evtl. Weigerung der Unternehmer, den Verhandlungstermin voranzutreiben, sind die Versammelten einstimmig bereit, den Kampf aufzunehmen.

Ungeschminkt wurde in der Diskussion auch auf die noch vorhandenen ideologischen Schwächen der Betriebsgruppe hingewiesen. Diese Schwächen widerspiegeln sich auch im Besuch dieser so wichtigen Versammlung. Leitungswahl muß eine Sache aller Mitglieder der Partei sein. Diese Lehre ist ernsthaft in der Vorbereitung und Durchführung der Neuwahl zu berücksichtigen, denn es geht nicht nur um diesen oder jenen Genossen, der in die Leitung gewählt wird. Mit der Neuwahl der Leitung geht es um die Aufgabenstellung der jeweiligen Organisationseinheit.

Die einzelnen Punkte der nachfolgenden Resolution wurden durchdiskutiert und daraufhin einstimmig angenommen.

1. Stärkung des politischen Lebens in der Betriebsgruppe mit der Durcharbeitung der ideologischen Resolution der 14. Tagung des PV. Erweiterung dieser Diskussionen mit der Durcharbeitung der Resolution: „Die Arbeit der Kommunisten in den Gewerkschaften.“ Hierbei verpflichten sich alle Funktionäre der Betriebsgruppe an der Tagung am 7. 5. 50 in Singen teilzunehmen.

Darüberhinaus stellt sich die Betriebsgruppe die Aufgabe, bei den Funktionären beginnend, systematisch die Parteischule zu beschicken.

2. Die in der Belegschaftsversammlung vom 17. 4. erhobenen Forderungen der Arbeiter sind mit dem Ziel auszubauen, zu einem betrieblichen Programm zu kommen. Hierzu sind folgende Forderungen besonders zu berücksichtigen: a) Sicherung des Arbeitsplatzes und Vollbeschäftigung des Betriebes; b) Verbesserung der Lage der Arbeiter, insbesondere Erhöhung der Löhne für die Hilfsarbeiter; c) für die gleiche Arbeit den gleichen Lohn unter besonderer Berücksichtigung der Frauen und Jugendlichen; d) das volle Mitbestimmungsrecht auf allen Gebieten.

3. Der neugewählte Betriebsgruppenvorstand stellt sich die Aufgabe, dafür Sorge zu tragen, daß a) jeder Genosse zur nächsten Mitgliederversammlung einen säumigen Genossen mitbringt; b) sich dafür einzusetzen, daß alle Genossen der Betriebs-

Jeder junge Deutsche fährt zum Deutschlandtreffen

Heidelberg. „Die am 5. Mai 1950 in Heidelberg versammelten Jugendlichen bejahen das Deutschlandtreffen aus vollem Herzen weil sie in diesem großen Friedentreffen einen Baustein für die Einheit unserer Heimat und für eine glücklichere Zukunft der Jugend sehen“, heißt es in einer Resolution, die am Freitagabend auf einer öffentlichen Jugendversammlung in Heidelberg bei einer Stimmhaltung einstimmig angenommen wurde.

In der gutbesuchten Versammlung sprach zunächst ein Vertreter der FDJ über das Thema „Warum fahren wir Pfingsten nach Berlin?“. Er schilderte die augenblickliche politische Lage in Westdeutschland, wo bereits wieder Kräfte aktiv am Werk sind, den nächsten Krieg vorzubereiten, und wie diese Kräfte dieselben sind, die die Einheit unserer Heimat zerrissen haben und für die Not in Westdeutschland verantwortlich sind. Das Deutschlandtreffen der Jugend soll der Beitrag der deutschen Jugend sein, den Frieden zu erhalten, und auch für die westdeutsche Jugend den Weg des Aufstiegs in einer gesamtdeutschen demokratischen Republik zu öffnen.

Als zweiter Referent sprach ein Vertreter des Landesverbandes der FDJ besonders über Jugendfragen. Er ging vor allem auf die Notwendigkeit der Einheit der Jugend ein, um die Lage der Jungen und Mädchen in Westdeutschland zu verbessern. Bedauerlich sei, so führte er aus, daß gerade in dieser Situation von der Leitung der „Falken“ und der Katholischen Jugend bewußt auf die Abspaltung der westdeutschen Jugend hingearbeitet wird.

In der Diskussion trat eine Gruppe Falken auf, die all die bekannten und üblichen Argumente gegen das Deutschlandtreffen, die FDJ und die DDR vorbrachte. Der Vertreter des Landesverbandes der FDJ legte jedoch in seinem Schlußwort alle strittigen Punkte überzeugend klar.

Von einigen war das Eintreten der FDJ für die Freundschaft mit der Sowjetunion und deren Führer, Generalissimus Stalin, angegriffen worden. Der Referent erklärte in seinem Schlußwort, daß die FDJ leider als

einzelne Jugendliche stehen ihnen zur Seite

Ein anderer Diskussionsreferent, der sich besonders an die Studenten wandte, forderte diese auf, ebenfalls in Berlin für ihre unmittelbaren Interessen als Schüler an den Hochschulen einzutreten. Mit der gesamten deutschen Jugend mögen sie in Berlin für die Freiheit von Forschung und Lehre eintreten, die auf dem Boden der Wissenschaft stehe und damit der Völkerverständigung diene. Sie mögen in Berlin den freien Austausch von Studenten und Dozenten innerhalb unseres Vaterlandes fördern. Sie mögen in Berlin die Erweiterung von Staatszuschüssen für ihre wissenschaftlichen Institute, die Erhöhung der Stipendien und die Senkung der Gebühren fördern. Sie mögen in Berlin für die Aufnahme von Beziehungen zu den studentischen Organisationen im Ausland, die uns im Kampf um den Frieden und die nationale Einheit und

Ein anderer Diskussionsreferent betonte, daß man im allgemeinen gewohnt sei, zu sagen: Man muß der Jugend freien Lauf lassen. Plötzlich aber, wo die Jugend den Plan gefaßt hat, sich in Berlin zu einer Demonstration für ihre Forderungen zu treffen, bekäme eine Reihe von Herrschaften, bei denen es sehr faul stehen müsse, Bauschmerzen. Im Gegensatz zu diesen Herren wird jeder aufrechte Deutsche helfen, der Jugend den Weg nach Berlin zu ebnet.

500 000 Jugendliche stehen ihnen zur Seite

Ein anderer Diskussionsreferent, der sich besonders an die Studenten wandte, forderte diese auf, ebenfalls in Berlin für ihre unmittelbaren Interessen als Schüler an den Hochschulen einzutreten. Mit der gesamten deutschen Jugend mögen sie in Berlin für die Freiheit von Forschung und Lehre eintreten, die auf dem Boden der Wissenschaft stehe und damit der Völkerverständigung diene. Sie mögen in Berlin den freien Austausch von Studenten und Dozenten innerhalb unseres Vaterlandes fördern. Sie mögen in Berlin die Erweiterung von Staatszuschüssen für ihre wissenschaftlichen Institute, die Erhöhung der Stipendien und die Senkung der Gebühren fördern. Sie mögen in Berlin für die Aufnahme von Beziehungen zu den studentischen Organisationen im Ausland, die uns im Kampf um den Frieden und die nationale Einheit und

Ein anderer Diskussionsreferent betonte, daß man im allgemeinen gewohnt sei, zu sagen: Man muß der Jugend freien Lauf lassen. Plötzlich aber, wo die Jugend den Plan gefaßt hat, sich in Berlin zu einer Demonstration für ihre Forderungen zu treffen, bekäme eine Reihe von Herrschaften, bei denen es sehr faul stehen müsse, Bauschmerzen. Im Gegensatz zu diesen Herren wird jeder aufrechte Deutsche helfen, der Jugend den Weg nach Berlin zu ebnet.

500 000 Jugendliche stehen ihnen zur Seite

Ein anderer Diskussionsreferent, der sich besonders an die Studenten wandte, forderte diese auf, ebenfalls in Berlin für ihre unmittelbaren Interessen als Schüler an den Hochschulen einzutreten. Mit der gesamten deutschen Jugend mögen sie in Berlin für die Freiheit von Forschung und Lehre eintreten, die auf dem Boden der Wissenschaft stehe und damit der Völkerverständigung diene. Sie mögen in Berlin den freien Austausch von Studenten und Dozenten innerhalb unseres Vaterlandes fördern. Sie mögen in Berlin die Erweiterung von Staatszuschüssen für ihre wissenschaftlichen Institute, die Erhöhung der Stipendien und die Senkung der Gebühren fördern. Sie mögen in Berlin für die Aufnahme von Beziehungen zu den studentischen Organisationen im Ausland, die uns im Kampf um den Frieden und die nationale Einheit und

Nur die Einheit der Jugend wird siegen!

„Wir grüßen das Friedentreffen Pfingsten 1950 in Berlin!“

einzelne Jugendliche stehen ihnen zur Seite

Ein weiterer Fragegriff die Oder-Neiße-Grenze an. Der Vertreter des Landesverbandes erklärte, daß die Oder-Neiße-Grenze von der FDJ absolut als Friedensgrenze anerkannt wird, weil die westlichen Kriegstreiber mit dieser Grenze, obwohl sie sie 1945 als erste gefordert haben, und ihr in Potsdam zugestimmt haben, heute eine Propaganda machen, um die deutschen Menschen in den Krieg gegen den Osten zu hetzen.

Als die Erklärung der Sowjetunion, alle deutschen Kriegsgefangenen seien nunmehr aus der SU zurückgekehrt, in die Debatte geworfen wurde, konnte das schändliche Manöver, das mit dem im Hitler-Krieg Gefallenen, die seinerzeit vom OKW und nachher von den Amerikanern verheimlicht wurden, entlarvt werden.

Die Versammlung wurde nach der Verabschiedung der eingangs zitierten Resolution und einer Protestresolution gegen die Verhaftung der jungen Patrioten von Hannover, vor deren Abstimmung die Falken leider den Saal verließen, mit dem gemeinsamen Singen des Weltjugendliedes abgeschlossen.

Zusammenfassend muß gesagt werden, daß es tatsächlich so ist, wie der Vertreter des Landesverbandes der FDJ in seinem Schlußwort gesagt hat: Die Jugend wird ihre gerechten Forderungen durchsetzen, wenn sie einig ist. Notwendig aber ist es dazu, daß von allen Seiten alles Trennende zurückgestellt wird. Mögen die Falken vie-

gruppe regelmäßig die Zeitung „Unser Tag“ lesen und Abonnent werden. Hierbei ist besonders eine Überprüfung bei den Genossen vorzunehmen, die auswärts wohnen.

4. Zur Erweiterung der Unterschriftensammlung für den Frieden muß eine Überprüfung der bis jetzt gezeigten Ergebnisse vorgenommen werden, um auf Grund der daraus gezogenen Lehren eine noch bessere Organisation zu erreichen.

5. Zur Unterstützung des Deutschlandtreffens der Jugend in Berlin wird ein verantwortlicher Genosse der Betriebsgruppe an dem Kreistreffen der Teilnehmer am Deutschlandtreffen und der FDJ am 14. Mai 1950 in Konstanz teilnehmen.

Die neugewählte Leitung wird in den kommenden Betriebsgruppen - Versammlungen auf die Resolution zurückgreifen um dahin zu kommen, daß die gesamte Betriebsgruppe zur Verwirklichung der gestellten Aufgaben mobilisiert wird. Für die Durchführung der angenommenen Resolution sind alle Genossen der Betriebsgruppen mitverantwortlich.

Gemeinsame Forderungen führen uns nach Berlin

Ausspracheabend zum Deutschlandtreffen der Jugend in Freiburg

Unabhängigkeit unseres Vaterlandes unterstützen, eintreten. In diesen Forderungen werden ihnen über die 500 000 jugendlichen Teilnehmer am Deutschlandtreffen hinaus alle fortschrittlichen Frauen, Männer und Jugendlichen Deutschlands zur Seite stehen.

Wir begrüßen die Beschlüsse des Weltfriedenskongresses

Im Anschluß an die ausgiebige Diskussion verlas der Versammlungsleiter eine Resolution, die die Stockholmer Beschlüsse des Weltfriedenskongresses voll unterstützte und jedem Teilnehmer am Deutschlandtreffen zur Pflicht macht, sich aktiv am Kampf für den Frieden zu beteiligen. Leider ließen sich einige verhetzte Studenten dazu hinreißen, gegen die klaren Friedensforderungen der Resolution zu polemisieren und verleitet die Mehrheit der anwesenden Studenten dazu, den Saal vor der Abstimmung zu verlassen. Bei Stimmhaltungen wurde folgende Resolution von den Anwesenden einmütig angenommen:

„Die Freiburger Teilnehmer am Deutschlandtreffen, die sich mit anderen Jugendlichen zu einem Ausspracheabend am 4. Mai in Freiburg trafen, geben hiermit ihrem Willen Ausdruck, mit allen Kräften den Kampf für den Frieden zu unterstützen. Sie betonen dieses gerade aus dem Grunde, weil das Deutschlandtreffen in Berlin Ausdruck des Friedenswillens der gesamten deutschen Jugend sein wird. Aus diesem Grunde begrüßen wir den Beschluß des Weltfriedenskongresses, das sich so namhaften Friedenskämpfern zusammensetzt wie dem großen französischen Patrioten Prof. Joliot Curie, der deutschen Dichterin Anna Seghers und dem berühmten sowjetischen Schriftsteller Fadejew, das zu einer gewaltigen Aktion gegen die Herstellung der Atombombe aufrufen hat und im Namen aller friedliebenden Menschen beschloß, jede Regierung, die die Atombombe als erste anwendet, als Kriegsverbrecher zu verurteilen. Wir werden deshalb auch die Unterschriftensammlung, die unter diesen beiden entscheidenden Losungen steht, voll und ganz unterstützen. Als unmittelbaren Ausdruck unseres einmütigen Willens delegieren wir deshalb fünf Freunde aus unserer Mitte zum Landesfriedenskongreß am 21. Mai in Freiburg und zum Kongreß junger Friedenskämpfer Pfingsten in Berlin, die den Auftrag haben, in unserem Namen eindeutig zu erklären, daß sich die Teilnehmer am Deutschlandtreffen in ihrer Gesamtheit in den Dienst des Kampfes für den Frieden, die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes stellen werden.“

„Die Freiburger Teilnehmer am Deutschlandtreffen, die sich mit anderen Jugendlichen zu einem Ausspracheabend am 4. Mai in Freiburg trafen, geben hiermit ihrem Willen Ausdruck, mit allen Kräften den Kampf für den Frieden zu unterstützen. Sie betonen dieses gerade aus dem Grunde, weil das Deutschlandtreffen in Berlin Ausdruck des Friedenswillens der gesamten deutschen Jugend sein wird. Aus diesem Grunde begrüßen wir den Beschluß des Weltfriedenskongresses, das sich so namhaften Friedenskämpfern zusammensetzt wie dem großen französischen Patrioten Prof. Joliot Curie, der deutschen Dichterin Anna Seghers und dem berühmten sowjetischen Schriftsteller Fadejew, das zu einer gewaltigen Aktion gegen die Herstellung der Atombombe aufrufen hat und im Namen aller friedliebenden Menschen beschloß, jede Regierung, die die Atombombe als erste anwendet, als Kriegsverbrecher zu verurteilen. Wir werden deshalb auch die Unterschriftensammlung, die unter diesen beiden entscheidenden Losungen steht, voll und ganz unterstützen. Als unmittelbaren Ausdruck unseres einmütigen Willens delegieren wir deshalb fünf Freunde aus unserer Mitte zum Landesfriedenskongreß am 21. Mai in Freiburg und zum Kongreß junger Friedenskämpfer Pfingsten in Berlin, die den Auftrag haben, in unserem Namen eindeutig zu erklären, daß sich die Teilnehmer am Deutschlandtreffen in ihrer Gesamtheit in den Dienst des Kampfes für den Frieden, die Einheit und Unabhängigkeit unseres Vaterlandes stellen werden.“

Protest gegen die Bundesbahn

Unmögliche Verkehrsverbindungen im Schwarzwald

Gernsbach. Die Verkehrs-Gemeinschaft Murgtal unter der Leitung von Bürgermeister Rupp, Schönmünzach, nahm auf ihrer letzten Tagung eingehend Stellung gegen die Verkehrsbedingungen im nördlichen Schwarzwald. Die durchgehenden Omnibuspaare laufen als Eillinie mit wenigen Haltestellen. Als Ersatz für die fehlenden Eisenbahnlinien können sie jedoch nie angesehen werden, da die Vergünstigungen der Bundesbahn wie Urlauberkarten und dergleichen sich nicht auf die Omnibusse erstrecken. Die größte Enttäuschung, die die Bundesbahn dem nördlichen Schwarzwald und dem gesamten Murgtal bereitet habe, sei die Isolierung von den DER-Sonderzügen. Gegen diese Zurücksetzung protestierte die Versammlung auf die heftigste. Eine sofort ausgearbeitete Resolution die als Briefteleogramm an die Bundesbahndirektion in Offenbach und die Geschäftsstelle der Arbeitsgemeinschaft DER-Gesellschaftsreisen in München abgesandt wurde hat folgenden Wortlaut:

„Die in Gernsbach tagende Verkehrs-Gemeinschaft Murgtal (Rastatz bis Freudstadt) hat heute davon Kenntnis erhalten, daß die DER-Sonderzüge in diesem Jahre wiederum den Nordschwarzwald umfahren sollen. Sie ist von dieser Maßnahme um so mehr befremdet, als auf die Vorstellungen

die gegen die seit Jahren bestehende Vernachlässigung des Nordschwarzwaldes von ihr erhoben worden waren Versprechungen auf Änderung dieses Zustandes erfolgten. Die Verkehrs-Gemeinschaft hat kein Verständnis für diese Haltung der Bundesbahn, die damit ein altes Reisegebiet bewußt vom Fremdenverkehr abschneidet und erhebt schärfsten Protest gegen diese Zurücksetzung, verbunden mit der Forderung, die getroffene Entscheidung rückgängig zu machen, andernfalls das betroffene Verkehrsgebiet im Wege der Selbsthilfe eine Sonderverkehrsregelung organisieren wird.“

Der Verein der Kurhäuser an der Schwarzwaldhochstraße und der Verkehrs-ausschuß Enz- und Nagoldtal standen ebenfalls Proteste an die genannten Adressen. Die Landesverkehrsverbände von Südbaden und Württemberg werden um Intervention gebeten.

Berechtigte Kritik wurde an der eigenartigen Organisation innerhalb der Bundesbahn zwischen den Verkehrsmitteln Eisenbahn und Omnibus geübt da in der Fahrplangestaltung keine Einheitlichkeit erfolge. Ein gemeinschaftliches Kursbuch Bahn-Post müsse zur Behebung des Durcheinanders im Verkehrswesen geschaffen werden, da das bisherige Kursbuch der Bundesbahn alles andere als zuverlässig ist.

Für unsere Winzer

Der Rebschutzdienst des Staatl. Weinbauinstituts gibt bekannt:

Roter Brenner: In den vorjährigen Befallsgebieten des Roten Brenners ist auch dieses Jahr mit dem Auftreten der Krankheit zu rechnen. Die Bekämpfung ist möglichst bald nach dem Entfaltung der ersten 3 bis 4 Blättern durchzuführen. Sie ist je nach dem Wachstum nach 6 bis 8 Tagen zu wiederholen, wenn innerhalb dieser Zeit kein durchdringender Regen fiel. Man verwendet entweder Kupferkalk 1,5prozentig oder konzentrierte Kupfermittel wie Ob 21 0,5prozentig oder Kupfervitriolkalkbrühe 1prozentig. Bei kühlem Wetter möglichst fertige Mittel nehmen. Die Blätter müssen auf beiden Seiten bespritzt werden.

Kräuselkrankheit: Wenn die Winterbekämpfung der Kräuselkrankheit versäumt wurde und sich Anzeichen der Krankheit (= Kräuselung der Blätter, sternförmige Stacheln, kümmerliche Triebe) bemerkbar machen, sollte umgehend mit Nikotin-, Pyrethrum-, Derris- oder E 605-Brühe in der auf der Packung angegebenen Konzentration gespritzt werden. Die jungen Triebe müssen kräftig benetzt, „gewaschen“ werden. Mit Nikotin und E 605 vorsichtig umgehen!

Rote Spinne: Die Rote Spinne hat im vergangenen Jahr stellenweise beträchtliche Schäden verursacht. Das Krankheitsbild ist dem der Kräuselkrankheit ähnlich. (Zahlreiche braune, punktförmige Stacheln, abgestorbene Blattpartien, die Blätter buckelig, oft zerrissen und bronzefarben, Triebwachstum schwach.) Bekämpfung wie bei der Kräuselkrankheit. Nach 8 bis 10 Tagen wiederholen. Anlagen frei von Unkraut halten.

Rebstichler: Bei stärkerem Auftreten des Käfers (= Zigarrenmacher) staubt oder spritzt man mit Gesarol. Regen wäscht den Spritzbelag weniger leicht ab als Stäubmittel. Spritzen wirkt daher bei regnerischer Witterung nachhaltiger.

Maikäfer: Durch Maikäfer gefährdete Rebanlagen mit Gesarol stäuben oder spritzen (2prozentig).

Heuwurmer: Mottenfanggläser möglichst umgehend aufhängen und Mottenflug kontrollieren. Der Flug wird voraussichtlich sehr schwach und eine Heuwurmbekämpfung im allgemeinen nicht notwendig sein. Die Mottenflugkontrolle schützt vor Ueber-raschungen.

Wo bleibt hier der Tierschutz?

In allen Tageszeitungen wurde von Seiten der Forstverwaltung und den Bürgermeisterämtern darauf hingewiesen, daß ab 15. März bis zum 30. September das Roden, Abschneiden oder Abtrennen usw. von Hecken, lebenden Zäunen und Gebüschen verboten ist, da dieselben als Brutstätten unserer Vogelwelt dienen, welche für die Land- und Forstwirtschaft von so großer Bedeutung sind. Dieses Verbot gilt aber anscheinend nicht für den Freiburger Tierschutzverein, denn zu meinem Erstaunen mußte ich feststellen, daß man im Tierschutz in der Hans-Jakob-Straße sämtliche Hecken und Gebüsche und mit ihnen eine große Anzahl von Vogelnestern vollständig vernichtet hat. Auch die Nistkästen an den Obstbäumen sind verschwendet und wurde damit gerade das Gegenteil getätigt, was das Verbot besagt. Ob sich wohl der neugewählte Vorstand des Tierschutzvereins bei der Anordnung dieser willkürlichen Vernichtung der Brutstätten unserer Vogelwelt von dem Gedanken des Tier- und Vogelschutzes leiten ließ, oder ob dies nicht aus spekulativen Gründen eines einzelnen Herren geschehen ist, muß die Zukunft lehren, jedenfalls aber haben die Verantwortlichen Kreise und Behörden die Verpflichtung dafür zu sorgen, daß derartige Verbote in allererster Linie von den Stellen eingehalten werden, die um des schönen Namens willen, den Tierschutzgedanken propagieren, in ihrer praktischen Betätigung aber das Gegenteil tun. Ich hatte keine Gelegenheit mich von dem Innern des Tierschutzvereins zu überzeugen, wie mir aber versichert wurde, sollen noch mehr derartige wie oben geschilderte „Reformpläne“ zur Durchführung kommen.

W. B., Freiburg.

Panik im Kino

Griefen. Kr. Waldshut. Während der Vorführung des Filmes „Das indische Grabmal“ im Gasthaus zur „Brauerei“ am Abend des 1. Mai geriet aus bisher noch ungeklärter Weise der Filmstreifen in Brand. Die zahlreichen Zuschauer ergriff eine große Panik und in wenigen Minuten war der Saal durch Fenster und Türen geleert. Durch rasches Eingreifen der Feuerwehr wurde ein Großbrand verhindert. Der Gesamtschaden — die Filmanlage sowie das Nebenzimmer des Gasthauses wurde völlig zerstört — wird auf 10 000 DM geschätzt.

Frankreichs größter Bucherfolg

Maurice Thorez und sein „Sohn des Volkes“ / Von Walter Lux

Am Abend des 15. November 1949 stellten Hunderttausende französische Rundfunkhörer ihren Radioapparat an und warteten auf eine ihnen vertraute Stimme. Sie sahen auf die Uhr. Die seit langem angekündigte Sendung mußte nun beginnen. Doch die vertraute Stimme kam nicht. Enttäuscht drehten Hunderttausende von Händen an Hunderttausenden von Knöpfen, und kurz darauf läuteten sämtliche Telefone des französischen Nationalsenders Sturm: Fragen, Beschwerden, Proteste. Was war geschehen?

In der Reihe der Autorenabende war im Programm angekündigt worden: Maurice Thorez spricht über sein Buch „Fils du Peuple“ (Sohn des Volkes). Doch im letzten Augenblick hatte der Informationsminister die Sendung verboten, verboten im Namen der abendländisch-atlantischen „Freiheit“, verboten, obwohl — oder weil — Maurice Thorez die stärkste Partei Frankreichs vertritt.

Herr Teitgen, der Mann, der den Funkvortrag verbot, konnte zwar verhindern, daß das Buch von seinem Autor den französischen Rundfunkhörern präsentiert wurde. Doch mehr konnte er nicht. Er vermochte nichts dagegen, daß das von der Bourgeoisie geführte Werk zum größten Bucherfolg wurde, den Frankreich seit Jahrzehnten erlebte, zu einem der größten Bucherfolge in der Geschichte des Buchhandels überhaupt: fast 500 000 verkaufte Exemplare innerhalb weniger Monate.

Eine Auflage von 5000 ist in Frankreich ein sehr achtbares Resultat; 10 000, das ist schon ein großer Erfolg. Und wenn ein Buch die höchste literarische Auszeichnung, den Goncourt-Preis erhält, klettert die Auflage sogar bis zu 50 000 Exemplaren, und Presse und Rundfunk sind voll davon. „Sohn des Volkes“ wurde von der bürgerlichen Presse fast einmütig und vom Rundfunk gänzlich totgeschwiegen. Und es erreichte 500 000 Exemplare. Wie ist das möglich?

Die Erklärung ist einfach. Sie liegt in der Person des Autors und in der Qualität des Buches. Maurice Thorez ist als Führer der Kommunistischen Partei Frankreichs der bewährte Vertrauensmann und Freund des gesamten arbeitenden Volkes von den Pyrenäen bis zum Kanal. Wenn Ministerpräsi-

dent Bidault oder Staatspräsident Auriol in einer Stadt ankommen, stehen zwei Dutzend Fräcke und Zylinderhüte in steifer Haltung zum Empfang bereit. Wenn Thorez kommt, drängen sich Zehntausende von Männern in Arbeitskitteln, von Frauen mit Kindern auf dem Arm begleitet, und jubeln ihm zu: „Vive Maurice!“ (Es lebe Maurice!) Der beliebteste, der populärste Mann Frankreichs — das ist der Autor des Buches.

Warum die französischen Arbeiter und Bauern, die Angestellten und Studenten, die Frauen und die Intellektuellen das Buch zu Hunderttausenden kaufen und zu Millionen lesen? Weil sie den Verfasser als den besten und weitsichtigsten ihrer politischen Führer lieben und verehren, weil das Buch, wie eine Zeitungskritik es ausdrückte, „ergreifend und nüchtern geschrieben, voll unlegbarer Schönheiten“ ist, weil sie darin den Weg finden, den sie selbst gegangen, und das Ziel, dem ihr Leiden, Hoffen und Kämpfen gewidmet sind. Denn „Sohn des Volkes“ ist viel mehr als die Autobiographie. Es ist die Geschichte der französischen Arbeiterbewegung seit dem Ende des ersten Weltkrieges und, darüber hinaus, eine fesselnde marxistische Analyse des Weltgeschehens vor und nach dem zweiten Weltkrieg.

Rein autobiographisch ist eigentlich nur der erste Teil („Das Erwachen“), worin Thorez, Sohn und Enkel von Bergarbeitern, lebendig menschlich und mit großer Liebe für seine nordfranzösische Heimat, für seine Familie und für das Bergarbeitermilieu seine Kindheit und Jugend beschreibt. In dieser Umgebung — schon sein Großvater war Gewerkschaftsfunktionär — lernte er das Leben und den Kampf der Arbeiter kennen. Bergwerkskatastrophen, Streiks und der Krieg gehören zu den Kindheits-erinnerungen, die sein Leben entscheidend beeinflussten.

Doch bald wird aus der autobiographischen Schilderung ein packendes Geschichts-

buch, denn frühzeitig ging Thorez' Leben in dem Leben und dem Kampf der französischen Arbeiterklasse auf. Es ist ein langer, erbitterter, ein ruhmreicher Kampf. Es ist der Weg der Kommunistischen Partei Frankreichs von einer kleinen Gruppe zur mächtigen Partei der französischen Arbeiterklasse, und der Weg der französischen Arbeiterklasse zur führenden Klasse der Nation. Das hartnäckige und erfolgreiche Ringen um die politische und gewerkschaftliche Einheit, die in den Jahren 1935-36 zum Wiederaufschwung der gespaltenen Gewerkschaften und zu der mächtigen Volksfrontbewegung führte; das mutige und scharfsichtige Auftreten der französischen Partei gegen die Münchener Politik in den Jahren 1938-39; die führende und opferreiche Rolle der Kommunisten in der Widerstandsbewegung gegen die Naziokkupation; die ziel- und verantwortungsbewußte Verteidigung der nationalen Unabhängigkeit und des Friedens gegen die amerikanischen Welteroberungspläne: das sind die großen Etappen dieses Weges, den Maurice Thorez an der Spitze der französischen Arbeiterschaft beschritten und meisterhaft beschrieben hat.

Das Buch liegt vor, doch der Weg geht weiter. Maurice Thorez ist erst fünfzig Jahre alt. Er, seine Partei und das französische Proletariat sind so kräftig und gesund, wie das französische Bürgertum senil und verkommen ist. Und darum wird der Wunsch in Erfüllung gehen, den er im Manuskript seiner von Herrn Teitgen verbotenen Radioansprache formulierte: „Nun wünsche ich von ganzem Herzen, daß ich sehr bald die weiteren Kapitel einer neuen Ausgabe von „Sohn des Volkes“ schreiben kann, die erzählen werden, wie die Kommunisten das Volk zu einem wirklich unabhängigen, demokratischen Frankreich geführt haben, zu einem freien, starken und glücklichen Frankreich.“

Was Maurice Thorez sich gelobte

Demnächst erscheint im Dietz-Verlag, Berlin, eine deutsche Ausgabe des Buches „Sohn des Volkes“ (Fils du Peuple) von Maurice Thorez. Mit freundlicher Genehmigung des Verlages bringen wir daraus im Vorabdruck einen Abschnitt, der vom Weltkrieg 1914/18 handelt.

Manche spürten, daß der Krieg herannahe, die meisten aber sträubten sich, daran zu glauben. „Krieg!“ Was denkt ihr denn! Heute ist so was nicht möglich. Bei den modernen Waffen könnte kein Krieg länger als zwei Monate dauern, und schon wären alle tot.

Samstag den ersten August verkündete der Flurschütz mit seiner Glocke die allgemeine Mobilmachung. Es wurde noch einige Tage in der Grube gearbeitet, aber die Zahl der Bergarbeiter verminderte sich rasch. Bald lag die Grube still, und die Direktion ordnete an, daß die Pferde heraufgeholt werden sollten.

Angst verbreitete sich im Dorf, die Nachrichten waren schlecht. Anfangs glaubte man, daß der Krieg sich fern von uns, Hunderte von Kilometern östlich, im Elsaß, in Lothringen abspielen würde. Der Ueberfall auf Belgien überraschte und empörte uns. Die Festungen Lüttich und Namur, die als unnehmbar galten, wurden von den Deutschen erobert. Eines Morgens hörte man Kanonendonner. Auf der Landstraße wurde eine Ulanenpatrouille gesichtet. Das war am 28. August.

Es gab damals keine einheitliche Front: die Landwehr von Douai verteidigte den Abschnitt. Am übernächsten Tag zogen deutsche Truppen in Richtung auf Lens durch unsere Gegend. Am 30. September 1914, während der „Zug nach dem Meer“ sich vollzog, verließ ich mit meinem Großvater Noyelles. Einige Stunden, nachdem wir weg waren, besetzten die Deutschen Noyelles. Ich sollte meine Eltern erst vier Jahre später wiederschen.

Während dieser ganzen Zeit blieb ich ohne Nachrichten von den Meinen. Auch

sie wußten nicht, was aus mir geworden war.

Einen Monat lang irrten mein Großvater und ich, von der Flut und der Gegenflut der Armeen hin- und hergestoßen, auf den Landstraßen umher. Die Gendarmen verfolgten uns, trieben uns zurück und schloßten vor uns den Frontbereich ab, der blutend, verwüstet, durchgeschüttelt, doch und trotz allem unsere Heimat war. Nachts schliefen wir in Scheunen. Wir nährten uns von Kartoffeln, die wir aus den Feldern rissen.

Ich habe den Krieg kennen gelernt — nicht den verniedlichten Krieg der Bilderbogen, auch nicht den der Haudegen des ersten Kaiserreiches oder der Kürassiere von Reichshoffen, sondern den schrecklichen, menschenverzehrenden Krieg, der Schrecken und Tod sah.

Der Krieg, das war das verlorene Heim, das Herumirren auf den Landstraßen, ohne Dach über dem Kopf, ohne Brot, ohne Geld und ohne Arbeit. Der Krieg, das war das preußische Maschinengewehr und der Gendarm. Der Krieg, das waren die toten Soldaten, die längs den Straßen in den Gräben hingestreckt lagen, Pferdekadaver, verlassene Felder, entvölkerte Dörfer, aufgeschlitzte Häuser, Verbandsplätze, voll von Verwundeten und Sterbenden. Der Krieg, das war vor allem jener ununterbrochene endlose Zug, der aus dem Feuerbränden der geröteten Horizonte aufstieg, jene menschliche Flut, die Frauen, Kinder und Gensche mit sich führte, mit ihren unzähligen Bündeln voll armseligen Kram, die manchmal einen Handwagen vor sich herstellten, auf den in Hast das ärmliche Mobiliar aufgeladen worden war und wo man zerrissene Matratzen neben Vogelkäfigen sah. Schindmähren zogen die in unserer Gegend üblichen langen Wagen ohne Deichseln, auf denen man Schränke, Tische, Küchenschirr zusammengepfercht hatte. Die Frauen

weinten, während ihre Kinder sich an ihre Röcke klammerten.

Ich gelobte mir, mit aller Kraft gegen diese furchtbare Geißel, den Krieg, zu kämpfen und die zu bekämpfen, die ihn vorbereiten und von ihm leben, das Volk aber, das ewige Opfer des Krieges, zu verteidigen.

Kulturnotizen

„Sohn des Volkes“, das Buch von Maurice Thorez, erscheint nunmehr auch in polnischer Sprache.

Der Stadtrat von Warschau beschloß, den Generalsekretär der Kommunistischen Partei Frankreichs, Maurice Thorez zum Ehrenbürger der polnischen Hauptstadt zu ernennen.

In der Bergwerks- und Hüttenakademie in Krakow (und im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten zum 1. Polnischen Wissenschaftskongress eine Landestagung der polnischen Biologen statt, an der mehr als hundert Wissenschaftler teilnahmen.

Während der „Woche des Buches, der Presse und der Volksbildung“ vermittelten in Polen Tausende von Ausstellungen in Stadt und Land ein eindrucksvolles Bild der großartigen Entwicklung der Volksbildungsarbeit in den fünf Jahren seit der Befreiung Polens.

Ausstellung des sowjetischen Buches

Am 5. Mai, dem Tag der sowjetischen Presse, wurde in Moskau eine Ausstellung sowjetischer Bücher und Graphiken eröffnet, die von 78 Verlagen besichtigt ist. Etwa 3000 Bücher und mehr als 1000 Illustrationen und politische Plakate geben einen Ueberblick über die Veröffentlichungen der letzten zwei Jahre. Im Mittelpunkt der Ausstellung stehen die in den Sprachen der Völker der UdSSR erschienenen Werke von Marx, Engels, Lenin und Stalin.

Das Bücherbrett

Eingetroffene Bücher

„Das Werk im Urwald“. In diesem Roman schildert der bekannte sowjetische Schriftsteller Leonid Leonow die Entwicklung einer Papierfabrik in der sibirischen Taiga, einem Gebiet, in dem bis dahin Leben und Arbeit nur von einer den Fortschritt aufhaltenden Klosterkultur bestimmt wurde. Erschienen im Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

„Oberlausitz“. Mit diesem Band setzt der Sachsenverlag, Dresden, die Reihe seiner Heimatbücher fort, die mit schönem Bildmaterial und kurzem, erläuterndem Text die Schönheit der sächsischen Landschaften dem Leser vertraut macht.

„Der Neue“. Unter diesem Titel veröffentlicht Gerda Gebauer drei Jugendromane aus der Deutschen Demokratischen Republik. Illustrationen und Einbandentwurf zeichnete Heinz Hamisch, Sachsenverlag, Dresden.

„Gösta Berling“, das Jugendwerk von Selma Lagerlöf.

„Salambo“, Gustave Flauberts Roman aus dem alten Karthago, und „Das Papageienest“ von Wolf Justin Hartmann sind drei der über 50 Bände, die die Deutsche Buch-Gemeinschaft seit der Währungsreform ihren Mitgliedern wieder zur Verfügung stellen konnte.

„Eine Beichte“ nennt Martin Andersen Nexö seine neueste, im Dietz Verlag erschienene Novelle, in der eine junge Frau Rückschau über ihre Kindheit und Jugendzeit hält, die sie als Tochter eines Obersten in der Zeit des amerikanischen Bürgerkrieges verbrachte.

Kleiner Unterricht in Fremdsprachen

Die folgende kleine Episode passierte in Düsseldorf. Sie trifft aber haargenau auf jede westdeutsche Stadt zu, bringt sie doch klar zum Ausdruck, was alle deutschen Patrioten recht bald erwarten.

„The Tower“, sagte der Lehrer beim Unterricht in englischen, heißt also „der Turm“, und „a tower“ heißt „ein Turm.“ Was heißt nun „Türme“?

Da erhob sich der kleine Max und deklamierte in das feierliche Schweigen der Klasse hinein:

„Go home“

„Go home“ ist neuerdings mehr als eine in der englischen Sprache ausgedrückte Aufforderung. Es ist interkolonial und heißt wörtlich „Geh heim.“ Es kann aber auch die Mehrzahl bedeuten: „Geh heim!“ Bei uns in Westdeutschland bedeutet es aber noch mehr als die Mehrzahl, nämlich: „Geh alle heim!“

Die Formulierung „Geh alle heim!“ ist sogenanntes Schriftdeutsch. Sie ist dem Volk, wie man so sagen könnte, nicht saftig genug, besonders wenn man die Eindringlichkeit des Wunsches ausdrücken will, die hinter dieser Formulierung steckt. Im allgemeinen Sprachgebrauch drückt sich die Bevölkerung anders aus. Je nach der Gegend, in der der einzelne beheimatet ist, lautet die Aufforderung dann so:

„Schert euch nach Hause!“

„Haut ab!“

„Zieht Leine!“

„Verschwindet!“



Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN
Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

17. Fortsetzung

„Und euer Schamane hat gesagt, daß man Waals Zelt aus dem Lager entfernen solle. Wir haben gehört, daß Waal in unsere Siedlung kommen wollte“, sagte ein junger Bursche, der vor kurzem aus Enmakai gekommen war.

Waamtscho aß soviel gekochtes Fleisch, wie er wollte, und trank dunklen, ziegelroten Tee. Nachts wollte er nach Hause zu seinem Vater fahren.

„Du mußt warten, Waamtscho! Es ist Schneesturm. Weshalb bei dem Sturm das warme Zelt verlassen?“ redete man ihm zu.

„Das macht nichts. Auf festem Boden ist der Sturm nicht so schrecklich“, erwiderte Waamtscho.

Man spannte noch zwei Hunde vor seinen Schlitten, und rasch verschwand Waamtscho im Schneesturm. Jedes Hügelchen am Ufer, jeden Berghang kannte er gut.

Der wütende Sturm trieb Waamtscho den harten Schnee in die Augen. Es schien, als

gehörte er den Verwünschungen des Schamane. Die Hunde hielten sich kaum auf den Beinen. Sie begriffen nicht, weshalb Waamtscho sie hetzte. Noch nie war er bei solchem Sturm aus einem Lager fortgefahren. Solch ein Schneesturm konnte einen nur unterwegs überraschen.

„Tscheгыt, achte auf den Weg!“ ermunterte Waamtscho den Leithund; denn seiner selbst war er nicht mehr sicher.

Tscheгыt kannte den Weg und achte genau darauf. Bald lief er geradeaus, bald schwenkte er ab, um wieder umzukehren. Tscheгыt suchte den Weg, die Stelle, wo an der Küste entlang ständig die Schlitten verkehrten.

Waamtscho fuhr und fuhr, ohne Aufenthalt. Die Hunde liefen gut; plötzlich aber zogen sie scharf an und setzten den Weg in langen Sprüngen fort. Waamtscho freute sich. Die Fahrt ging ihrem Ende zu.

Das ist wahrscheinlich Enmakai, dachte er. Die Umrisse eines Zeltes huschten vorbei. Die Hunde und der Schlitten aber fielen von einer Schneewehe hinunter. Um das Zelt hatte sich der Schnee hoch gehäuft, so daß es wie von einem Wall umgeben war.

Es war sein Zelt. Waamtscho kroch in den Vorraum. „Wer ist da?“ erklang die bekannte Stimme Tygrenas.

„Ich“, antwortete Waamtscho. Wie ein Fisch im Netz stieß der alte Waal mit dem Kopf gegen das Fell des Wohnzelts, um den Sohn rascher zu sehen.

Endlich war es dem Alten gelungen, den nackten Oberkörper zur Hälfte aus dem Zelt zu stecken, und er erblickte Waamtscho, der dabei war, sein Gewehr abzunehmen. Ein Lächeln verklärte Waals runzliges Gesicht.

„Waamtscho, bist du das?“ fragte er. Waamtscho kroch ins Vorzelt und setzte sich schweigend dem Vater gegenüber.

Der Alte unterbrach als erster das Schweigen: „Sieh, Tygre-na sorgt für mein Feuer und hat mir Tran gebracht.“

Tygre-na saß schweigend abseits und ließ

den freudigen Blick nicht von Waamtscho. Sie konnte es anscheinend noch nicht glauben, daß er hier war. In der Hand hielt sie das Stöckchen, mit dem sie das Moos im Feuer schürte. Waamtscho sagte:

„Sieh mal, Tygre-na, wie das Feuer raucht!“ Tygre-na erwachte aus ihrer Erstarrung und goß eilig Öl ins Feuer.

XVII

Der Schneesturm ließ bald nach. Die Bewohner der Siedlung Enmakai freuten sich über Waamtschos Rückkehr, wie man sich in diesem Lande über jeden Neugeborenen freut.

Als Tygre-na nach Hause kam und man im Lager erfuhr, daß Waamtscho zurückgekehrt war, sagte der Schamane Korauge: „Tscheгыt i.uß den Geistern zum Opfer gebracht werden.“

Waal seufzte und sagte leise: „Waamtscho, wir müssen Tscheгыt zum Opfer bringen.“

„Vater, er tut mir leid. Er war bei mir in der schweren Zeit. Er hat geholfen, mich zu retten. Ich hab ihn sehr gern. Er ist ein guter, sehr kluger Hund und versteht alles wie ein Mensch. So einen finden wir nicht wieder. Wie kann ich so etwas tun!“

Waamtscho sprach mit verzagter Stimme, fast flehentlich. Tränen traten in seine Augen. Er wußte, daß ein Opfer gebracht werden mußte; aber er konnte nicht verstehen, warum er Tscheгыt, seinen liebsten Hund, töten sollte.

„Vater, ist es denn den Geistern nicht gleich, welchen Hund wir ihnen opfern? Warum zwingt Korauge mich, Tscheгыt zu töten? Ich kann Tscheгыt nicht töten!“

„Waamtscho, was für Worte sind das! Sie tun meinem Herzen sehr weh. Wenn die Leute deine Gedanken erfahren! Wenn Korauge davon erfährt! Die bösen Geister werden dann unser Zelt nicht mehr verlassen. Und du hast doch noch lange zu leben.“

Waamtscho ging hinaus. Als er an den Hundenden vorbeikam, wandte er sich ab, um Tscheгыts Augen nicht zu begegnen. Der Hund verstand alles wie ein Mensch.

Waamtscho strich ums Zelt und sah hinaus aufs vereiste Meer. Ich hätte gleich auf ihn zugehen und ihn mitnehmen sollen. Weshalb noch zögern? Warum bin ich hierhergekommen und an ihm vorbeigegangen?

Waamtscho zog das Messer heraus und befehlte die Scheide. Sie war so scharf, daß er sich damit hätte rasieren können. Waamtscho fieberte. Langsam sah den Hund zurück überwindend, ging er zu den Hundenzirkeln, die Tscheгыt lag zusammengerollt, die Schnauze unter dem Bauch. Als Waamtscho aber nahe war, hob Tscheгыt den Kopf, und seine Augen leuchteten erret auf. Waamtscho rief Tscheгыt beim Namen. Er stand mit gewölbtem Rücken auf, gähnte träge schüttelte sich und wedelte mit dem buschigen Schweif.

Waamtscho verließ das Zelt mit ihm und ging schweigend aus der Siedlung hinaus. Dort setzte er sich auf einen Schneehügel. Tscheгыt lagerte sich neben ihm. Waamtscho packte plötzlich den Kopf des Hundes preßte ihn zwischen die Knie und erhob das Messer über Tscheгыts Herz. Aber der Mut reichte nicht dazu aus, ihn zu töten. Waamtscho sah die glänzende Messerschneide an und warf das Messer in den Schnee.

„Weißt du, was ich mit dir machen will Tscheгыt? dachte Waamtscho und fürchtete seinen Gedanken laut auszusprechen.“

Tscheгыt lag auf dem Rücken und strampelte mit allen Vieren in der Luft. Waamtschos Gesicht wurde zornig und finster. Ich bin wie ein Wolf! Nein, ich bin kein Wolf! Mich zwingt doch Korauge, wahrscheinlich will er Tscheгыt töten, weil ich ihn, Allzeit nicht gegeben habe. Verflucht! Nein, ich bin schlimmer als ein Wolf!

Waamtscho erhob sich und auch Tscheгыt sprang sofort auf. „Gehen wir dorthin, Tscheгыt! Hinter den Hügel dort.“

Waamtscho schwankte wie ein Kranker Unsicher tasteten sich seine Füße über den Schnee. Verstoßen sah er den Hund an und ihm schien, daß Tscheгыt sehr wohl wußte wohin ihn Waamtscho führte. Tscheгыt war traurig und ging langsam mit gesenktem Kopf.

„Oh!“ rief Waamtscho, als breche ihm das Herz.

Tscheгыt hob die Schnauze und sah seinen Herrn liebevoll an.

Und plötzlich fühlte Waamtscho, daß er den Blick des Hundes nicht ertragen konnte. Er wandte sich ab und stand lange bewegungslos da. Dann drehte er sich schnell um, faßte Tscheгыts Kopf und stieß ihm blitzschnell das Messer bis ans Heft in die Brust.

Waamtscho wollte das Messer wieder herausziehen, aber seine Hände versagten wie nach langem Rudern. Ueber seine Wangen rollte eine Träne.

Waamtscho nahm den Kopf des toten Hundes in seine beiden Hände und drückte sein Gesicht daran. Er tauchte die Finger in das geronnene Blut und strich sich damit über die Stirn.

„Mögen die Geister zufrieden sein!“

Waamtscho faßte den Hund an einem der Hinterbeine und schleppte ihn nach alter Sitte davon.

Plötzlich blieb er stehen: „Ich schleppe ihn nicht so, ich mache es anders. Wenn es auch wider den Brauch ist, aber ich tue es nach meiner Art.“ Er lud Tscheгыt auf den Rücken, faßte ihn an den Vorderbeinen und trug ihn zum Zelt. Es war ihm, als umfasse ihn der Hund von hinten. Tscheгыts Kopf baumelte bei jedem Schritt hin und her.

Unterwegs begegnete ihnen der Schamane Korauge. Der Unselige, alles will er auf seine Art machen. Weshalb trägt er den Hund auf dem Rücken? dachte Korauge ärgerlich.

Waamtscho legte den Hund neben dem Zelt nieder. Sein Kopf lag in der Richtung, aus der Sonne kommt. Die Hinterbeine waren ausgestreckt, und dazwischen lag der buschige Schweif.

XVIII

Im Packeis hörte man Schüsse. An den Ufern der Wägen saßen überal die Jäger aus Enmakai. Jeder Schuß erfreute das Herz. Je mehr Schüsse, desto mehr Fleisch im Lager.

Amerikaner überfallen Taxichauffeur

Fahrer blutüberströmt auf die Straße geworfen

Karlsruhe. Die in der letzten Zeit durch die Presse bekannt gewordenen, von Amerikanern verübten Gewalttaten haben in diesen Tagen eine „würdige“ Fortsetzung erfahren.

Am Mittwoch, den 3. Mai in den frühen Morgenstunden wandten sich zwei unbekannte Zivilisten vor der Hauptpost in Karlsruhe an den dort stationierten Taxichauffeur Koch und baten ihn, sie nach Ettlingen zu fahren. Wie der Chauffeur später erklärte, stellte er auf Grund der Unterhaltung der beiden fest, daß es sich um Amerikaner handelte. Nichts ahnend kam Koch dem Auftrag der beiden Unbekannten nach und fuhr sie dann auch nach Ettlingen. Dort angekommen, wollten die beiden aber nach Bruchhausen weiterfahren, was dem Taxichauffeur nicht genehmigt wurde. Er begab sich auf die Ettlinger Polizeiwache und erreichte dort, daß sich zumindest der eine Fahrgast legitimieren mußte. Als bei dieser Legitimation jedoch ein amerikanischer Kriminalbeamter herauskam, war selbst der Taxichauffeur erstarrt und fuhr bedenkenlos seine beiden Fahrgäste in der gewünschten Richtung weiter.

Die Fahrt dauerte nicht lange, da fuchtelte der eine der beiden dem Fahrer mit einer Pistole vor der Nase herum. Der bedrohte Taxichauffeur versuchte zwar den Wagen zum Halten zu bringen, um zu entfliehen, kam aber nicht mehr dazu, denn sofort schlug ihn der Amerikaner mit der Pistole nieder. Kurze Zeit danach fand ihn eine auf seine Hilferufe herbeigeeilte Frau und die von ihr verständigte Ettlinger Polizei bewußlos und blutüberströmt auf der Straße liegen. Man lieferte ihn sofort ins Krankenhaus ein, wo er erst nach mehreren Tagen vernehmungsfähig war.

Wie sich bei dieser Vernehmung herausstellte, handelte es sich bei dem Täter um einen früheren amerikanischen Kriminal-

beamten, der inzwischen allerdings zum Hochstapler avanciert und seit einiger Zeit von der deutschen und der amerikanischen Polizei gesucht wird. Identifiziert hatte der Chauffeur den Täter auf Grund einer Abbildung auf einem Fahndungsblatt.

Weder von den Tätern noch von dem gestohlenen Fahrzeug, ein 1,7 Liter „Wanderer“ mit der Bezeichnung „Taxi“ und der Nummer 60-4037, konnte bisher eine Spur entdeckt werden.

Dieser Fall ist nur ein Glied in der endlosen Kette der Übergriffe, mit denen gewisse Amerikaner in den letzten Monaten pausenlos „beglückten“. Wie lange noch soll die deutsche Bevölkerung schutzlos diesen importierten Gangstermethoden ausgeliefert sein? Da sich bisher alle Versprechungen von amerikanischer Seite, energische Maßnahmen gegen diese Ausschreitungen zu ergreifen, als mehr oder weniger illusorisch erwiesen haben, kann die bedrohte Bevölkerung nur noch in dem Abzug der Besatzungstruppen den einzigen und wirklichen Schutz erblicken.

Mannheim. Dem Polizeibericht entnehmen wir folgenden neuerlichen Übergriff amerikanischer Besatzungsangehöriger auf einen deutschen Taxichauffeur: Auf dem Verbindungsweg zwischen Autobahn und Neustadt wurde ein Taxifahrer von seinen beiden Fahrgästen — amerikanische Soldaten — aufgefordert zu halten. Nachdem der Fahrer unter Zwang aussteigen mußte, hielten sie ihm zwei Pistolen vor und zwangen ihn, sein Geld herauszugeben. Als sie das Geld an sich genommen hatten, setzten sich die beiden Soldaten in das Auto und fuhren ohne den Fahrer in Richtung Seckenheim davon. Der Wagen konnte wenige Stunden später aufgefunden werden. Von den Tätern selbst fehlt noch jede Spur.

Aus dem Villingen Polizeibericht

Villingen. Die Schutzpolizei der Stadt Villingen meldet wieder einen Verkehrsunfall mit leichtem Personen- und Sachschaden. Angezeigt wurden eine Gastwirtsfrau wegen Ueberwärtens, sechs Personen wegen Uebertretung der StrVO, ein auswärtiger Bauherr wegen unerlaubter Bauausführung, außerdem wurden fünf Personen wegen groben Unfugs gebührend verurteilt, sowie drei Personen wegen Uebertretung der StrVO. Am 1. Mai ereignete sich im Schankraum des Gasthauses „zum Oberen Wasser“ ein Brand, der Gebäude- und Fahrnisschaden verursachte.

Die Kriminalpolizei der Stadt Villingen verzeichnete drei Diebstähle, zwei Betrugsfälle, einen Betrug und Unterschlagung, sowie einen Zechbetrug. Außerdem gelangte eine Person wegen Landstreicherei und Verdachts der Gewerbeuntzucht zur Anzeige. Am 1. Mai wurde vor dem Theater am Ring ein parkender Volkswagen — FB 31 - -3551, weinrot, — von bisher noch unbekanntem Täter gestohlen.

Mit 18 000 Eiern abgestürzt

Wolfsch. Ein mit 18 000 Eiern beladener Lieferwagen, der die Kinzigbrücke passieren wollte, stürzte auf das mehrere Meter tiefer gelegene Vorfeld. Der Fahrer und der Begleiter wurden schwer verletzt unter dem stark zertrümmerten Wagen hervorgezogen und mußten ins Krankenhaus nach Offenbach gebracht werden. Der Schaden ist beträchtlich.

Verhängnisvolle Ohrfeige

Waldshut. Ein Handwerksmeister aus Unterpflfen hatte nach einem vorausgegangenen Wortwechsel einem 52jährigen Einwohner des Dorfes eine Ohrfeige versetzt. Der Geschlagene fiel sofort bewußlos um und starb zwei Tage später im Krankenhaus. Das Schwurgericht Waldshut verurteilte den Handwerker unter Berücksichtigung aller mildernden Umstände zu drei Monaten Gefängnis.

Vier Jahre Gefängnis für Kindesmord

Waldshut. Das Schwurgericht Waldshut verurteilte einen Schweizer Langholzfabrikant, der im Oktober 1949 das neugeborene Kind seiner noch nicht 20jährigen Geliebten aus Hänner (Kreis Waldshut) in grausamer Weise erdrosselt und die Leiche verscharrt hatte. Der Täter, der im Laufe der Verhandlung ein umfassendes Geständnis ablegte, wurde zu vier Jahren, die Kindesmutter zu drei Jahren Gefängnis verurteilt. Die ebenfalls angeklagte Mutter des Mädchens wurde freigesprochen.

20jähriger Strafenräuber gefaßt

Lahr. In Ringsheim bei Lahr nahm die Gendarmerie einen 20jährigen landwirtschaftlichen Arbeiter fest. Der junge Mann, der aus dem Rheinland stammt, hatte in Herbolzheim einen betrunkenen Uhrmacher aus Ringsheim kennengelernt, bei dem er einen größeren Geldbetrag vermutete. Auf dem gemeinsamen Heimweg schlug er den Uhrmacher nieder und raubte ihm den Geldbeutel. Der Ueberfall lohnte sich allerdings nicht, denn dem jugendlichen Räuber fielen nur 5.10 DM in die Hände.

„Blinde“ Passagiere

Freiburg. Die Staatsanwaltschaft Freiburg teilt uns folgendes mit: In letzter Zeit wurde durch die Direktion der Stadt Straßenbahn festgestellt, daß vom Schaffnerpersonal Fahrscheine, insbesondere 5-Fahrtkarten, die radiert und damit geändert wurden, vorgelegt worden sind. Die betr. Fahrgäste wollten als blinde Passagiere die Beförderung in der Straßenbahn erschleichen. Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß

diese Manipulationen sich als Urkundenfälschung und Vergehen gegen § 285a StGB (Erschleichung von Leistung) darstellen, die ein unliebsames Strafverfahren nach sich ziehen können.

Frühjahrskonzert der Stadtmusik Schopfheim

Die Stadtmusik Schopfheim veranstaltet am Samstag, dem 13. Mai, abends 20 Uhr im Pflugsaal ihr Frühjahrskonzert. Die unter der Leitung von Stadtkapellmeister Kilchling stehende Stadtmusik wird ein schönes und inhaltsreiches Programm zum Vortrag bringen, u. a. Werke von C. M. v. Weber, Johann Strauß und Richard Wagner. Abschließend an das Konzert werden Alt und Jung Gelegenheit zum Tanz haben.

Brand durch Blitzschlag

Oberesbach. Vor kurzem ging über dem Kreis Villingen ein heftiges Maigewitter nieder, wobei der Blitz in eine Scheune des Landwirts Josef Furtwängler schlug. Das sofort ausbrechende Feuer fand in den Heu- und Strohvorräten reiche Nahrung, so daß es schon bald auf das gesamte Anwesen übergreifen konnte. Die Familie Furtwängler, die durch diesen Brandfall obdachlos wurde, besteht aus fünf Personen.

Treue Liebhaber

Bühl. Mit Hilfe einer Leiter waren zwei auf der Wanderschaft sich befindende Burschen über die Mauer des Bühler Gefängnisses gestiegen, um ein aus Achern stammendes Mädchen, das wegen Diebstahl im Gefängnis sitzt, zu befreien. Vermutlich hätten sie ihr Ziel auch erreicht, wenn sie nicht ihre Leiter zunächst an das falsche Fenster gestellt und die in jener Zelle sitzende Arrestantin erschreckt hätten. Die beiden Liebhaber wurden von der Wachmannschaft des Bühler Gefängnisses verhaftet.

SPORT-ECHO der Woche

Rabenschwarzer Tag für die Freiburger

Konstanz im Endspurt — Trossingen will sich noch retten

Südliga
Nachdem nun doch alles beim alten bleibt, haben die letzten Meisterschaftsspiele in der Südliga keine sonderliche Bedeutung mehr. Nur die Frage nach dem zweiten Abstiegsplatz ist noch nicht entschieden. Allerdings sind die Aussichten Trossingens trotz seinem hohen Sieg über SC Freiburg 5:0 kaum besser geworden, denn nur ein Sieg Trossingens in Konstanz könnte vielleicht noch Rettung bringen, zumal ja auch noch der SC Freiburg und Schweningen je ein Heimspiel haben. Schweningen unterlag in Rastatt nur bemerkenswert knapp 0:1. Der Freiburger FC wollte hinter seinem Ortsrivalen nicht zurückstehen und ließ sich in Villingen 2:5 hineinlegen. Damit dürfte der dritte Platz wohl an Singen gehen. Neben dieser schweren Schlappe des Freiburger Altmeisters war die Niederlage Laurs auf eigenem Platz 0:1 gegen Konstanz die Sensation des Tages. Konstanz hat nunmehr die Möglichkeit, Kuppenheim noch zu überflügeln und mit Ebinger punktgleich zu werden, während Laur infolge seiner Niederlage von den mit 3:2 über Friedrichshafen siegreichen Offenburger überholt wurde.

SSV Reutlingen	29	22	2	5	73:29	46
SV Tübingen	27	16	6	5	61:30	38
FC Freiburg	29	15	8	6	61:35	38
Eintracht Singen	28	17	3	8	55:33	37
ASV Ebinger	30	15	6	9	50:40	36
FV Kuppenheim	28	14	5	9	60:59	33
VfL Konstanz	28	13	6	9	57:36	32
SV Rastatt	27	12	7	8	53:42	31
FC Villingen	28	12	3	13	57:53	27
FC Offenbach	28	9	8	11	34:47	26
FV Lahr	29	11	4	14	45:53	26
FSG Friedrichshafen	29	8	5	16	35:64	21
SC Freiburg	27	7	5	15	46:59	19
VfL Schweningen	28	7	5	16	50:62	19
SpVgg Trossingen	28	6	5	17	43:55	17
SV Hechingen	29	2	2	25	30:113	6

FC Villingen — Freiburger FC 5:2
Der Sieg Villingens ist wohl etwas zu hoch ausgefallen, war aber durchaus verdient. Beide Mannschaften bemühten sich, auf dem infolge starken Regens schlüpfrigen Boden ein annehmbares Spiel vorzuführen. Die Freiburger konnten unter den widrigen Umständen ihre technischen Feinheiten nicht so zur Geltung bringen, so daß der stärkere, kämpferische Einsatz der Einheimischen entscheidend wurde. Die erste Halbzeit verlief recht unglücklich für die Gäste, da Villingen bereits nach drei Minuten durch den Mittelstürmer Grammel zum Führungstor kam und eine halbe Stunde darauf Villingens Rechtsaußen Moser einen Fehler des Freiburger Torwarts zum zweiten Treffer ausnutzen konnte. In dem Drang zum Ausgleich war die Hintermannschaft der Freiburger oft zu unvorsichtig und so konnte Grammel nach einem Durchbruch auf 3:0 erhöhen. Dem ersten Gegentor Freiburgs durch Flöhl ließ Villingen durch Moser den vierten Treffer folgen und auf das zweite Tor von Flöhl antwortete Moser wieder mit dem fünften und letzten Treffer.

SpVgg Trossingen — SC Freiburg 5:0
Die Freiburger begannen nicht schlecht, ließen aber bald nach, als ihr Sturm in der Hintermannschaft Trossingens seinen Meister fand. Der Sturm Trossingens, in dem die Flügel gut besetzt waren, fand nur in der ersten Halbzeit stärkeren Widerstand bei der Freiburger Abwehr. Bereits nach drei Minuten führte Trossingen durch Elfmeter und eine halbe Stunde darauf erhöhte Mittelstürmer Keller auf 2:0. Nach der Pause erzielten Kindl, Gary und Meßner weitere drei Tore und dann verschoß Keller noch einen Foul-Elfmeter.

FC Schaffhausen — FC Singen 3:3
Singen hatte den spielfreien Termin zu einem Abstecher in die Schweiz benutzt und stieß in Schaffhausen auf einen Gegner von

beachtenswertem Können. So lieferten sich die beiden Mannschaften ein schönes, wechselvolles Spiel. Dem Führungstor Singens setzten die Schweizer noch vor der Pause den Ausgleich und nach Seitenwechsel ihr Führungstor entgegen. Dann glich Singen durch Strittmatter aus, aber die Schweizer kamen bald darauf zum dritten Tor und Singen konnte gerade noch in letzter Minute

SpVg Offenbach — VfB Friedrichshafen 3:2
Nur mit knapper Not konnte Offenbach sein letztes Meisterschaftsspiel auf eigenem Platz siegreich beenden. Die Mannschaft aus Friedrichshafen erwies sich als recht kampfkraftig und ihr schneller Sturm, in dem Mittelstürmer und Linksaußen hervorstachen, machte der Offenbacher Hintermannschaft ziemlich zu schaffen. Offenbach scheint nach den letzten schweren Spielen etwas abgekämpft zu sein und zeigte nicht die gewohnten Leistungen. Da Willimowski scharf bewacht wurde, konnte Offenbachs Sturm nicht wie sonst zur Geltung kommen. Offenbachs Mittelstürmer war aber trotz der Bewachung der Urheber der beiden ersten Tore Offenbachs. Er lenkte 20 Minuten vor der Pause einen Freistoß mit Kopfball ins Tor ab und 20 Minuten nach Wiederbeginn verwandelte er eine Flanke zum zweiten Tor. Innerhalb der nächsten zehn Minuten fielen noch zwei weitere Treffer, durch Dannecker für Fried-

FC Rastatt — VfL Schweningen 1:0
Rastatt kann von Glück sagen, dieses Spiel überhaupt gewonnen zu haben. Die sehr schnelle und mit starkem körperlichen Einsatz spielende Gastmannschaft verstand es ausgezeichnet, vor ihrem Strafraum abzuriegeln und es war schon gut, daß auch Rastatts Hintermannschaft auf dem Posten war und die raschen Vorstöße der Schweningener Stürmer immer noch rechtzeitig bremsen konnte. Das Siegestor für Rastatt schoß der rechte Läufer Herold II bereits nach einer halben Stunde. Nach der Pause verloren die Gäste ihren Halbklinker Haller K. durch Platzverweis und den Läufer Neumeier durch Armbrechen.

FV Lahr — VfL Konstanz 0:1
Bei beiden Mannschaften war die Abwehr der bessere Teil und vermochte den gegnerischen Sturm ziemlich in Schach zu halten. Immerhin war der Sturm der Konstanzer doch noch etwas stärker als die Angriffsreihe der Einheimischen und verhalf den Gästen nach der Pause zu einer klaren Feldüberlegenheit. So war der Sieg der Konstanzer durchaus in Ordnung. Vögele verwandelte in der 65. Minute einen Eck-

Die Vereine sind vernünftiger
Es ist nun doch so gekommen, wie wir es bereits vor einiger Zeit vorausgesagt und auch vorgeschlagen hatten. Die geplante gemeinsame Oberliga in der französischen Zone ist finanziell für die Vereine nicht tragbar und der reale Sinn der Vereinsvertreter hat die wahre Sachlage besser erkannt als die Sportführer im SFV und den Verbänden der französischen Zone mit ihren Spielsystem-Konstruktionen im luftleeren Raum. Die Südwestliga und die Zonenliga Süd werden also wie bisher weiter bestehen und das ist die einzig mögliche Lösung, solange die süddeutsche Oberliga das einzige gerechte und vernünftige Spielsystem mit einer gemeinsamen Oberliga im

Deine Unterschrift für den Frieden

SFV in zwei Abteilungen West (Baden, Pfalz und Hessen evtl. Saar) und Ost (Bayern und Württemberg) sabotiert. Auch zu der Bildung einer gemeinsamen Südwest-Liga im Spieljahr 1951/52 wird es wohl nicht kommen, weil sich die Verhältnisse in dem Raum von Konstanz bis Andernach und von Pirmasens bis Reutlingen ja nicht ändern können. Die weiten Reisen bleiben auf jeden Fall.

Neues vom Mannschaftsringen

ASV Freiburg — ASV Uriolffen 3:5
Im Fliegengewicht mußte sich der jugendliche Rolf Beck trotz heftiger Gegenwehr in der 2. Minute vor Herdt (Uriolffen) beugen. Beck, Lucian blieb im Bantamgewicht nach einem harten, über die ganze Zeit gehenden Kampf verdienter Punktsieger. Das Federgewicht bestritten Vonderstraß (Fr.) und Schneider (Url.) Nach Ablauf der vollen Ringzeit mußte sich Vonderstraß knapp nach Punkten als geschlagen bekennen. Keller (Fr.) im Leichtgewicht mußte schon nach einer halben Minute von Jenne eine überraschende Niederlage hinnehmen. Im Weltgewicht stand wieder, der von einer mehrwöchigen Verletzung genesene Birkenmaier. Nach fünf Minuten legte er seinen Gegner Schneider, Aug. (Url.) auf beide Schultern. Im Mittelgewicht war es Spengler (Url.), der Waigmann (Fr.) nach 9,5 Mi-

markierte. Noch einmal war Grewenig, der in der Verlängerung zu einer großen Form auflief, erfolgreich, und dann war es Lieblich vorbehalten, stark angeschlagen und Linksaußen spielend, das habe Dutzend voll zu machen.

Wormatia-Sieg über Tübingen
Ludwigshafen. Das Qualifikationsspiel für die DFB-Runde zwischen dem Tabellenzweiten der Nord- und Süddeutsche der Oberliga Südwest, Wormatia Worms und SV Tübingen, sah Wormatia in jeder Beziehung hoch überlegen. Auch ohne Blankenberger und Sattler ließen die Wormser den Tübingern nie eine Chance und kamen in jeder Halbzeit zu drei Toren. Die Südwürttemberger, die zusammenhanglos wirkten, hatten zwar eine starke Abwehr zur Stelle, waren aber im Sturm sehr schußschwach. Mit den zaghaften Einzelleistungen konnten sich die Tübingen gegen die starke Wormser Deckung nicht durchsetzen.

Bereits nach 15 Minuten begann der Torregen für Wormatia. Linksaußen Müller schoß die Führung heraus. Fünf Minuten später folgte durch den linken Läufer Vogt das 2:0, und weitere fünf Minuten später stellte Hammer mit dem dritten Tor das Halbzeitergebnis her. Auch nach dem Platzwechsel hielt die Ueberlegenheit der Wormser ständig an. In der 62. Minute schoß Hammer das 4:0, fünf Minuten später folgte durch Vogt das 5:0 und in der 76. Minute beschloß Hammer die Torserie mit dem 6:0.

Turnvergleichkampf Südbaden-Pfalz
Der Turnwettkampf zwischen Südbaden und der Pfalz kommt nunmehr endgültig am 13. Mai in Haslach (Kinzigtal) zum Austrag. Der Turnverband Pfalz hat für diese Begegnung folgende Riege nominiert: Lüttinger, Greiner, Herrmann, Schwan (alle Oppau), Fuhrer (Neustadt), Schnäbele (Landau) und Fuchs (ASV Ludwigshafen). Als Ersatzmann steht Hinkel (Frankenthal) in Reserve.

Sportliches Allerlei
Der schwedische Fußballverband hat den bekannten Auswahlspieler Stig Malquist bis zum 30. Juni und drei weitere Spieler von National-Ligaverbänden bis zum 30. Mai wegen Verletzung der Amateurbestimmungen suspendiert.

Rehberg sicherte sich am Sonabend durch einen 9:2-Sieg über Südwest den Berliner Handball-Meistertitel.

Allgemeine Krankenkasse Rastatt

Kassenstunden: Vormittags jeden Werktag von 8 bis 12.30 Uhr; nachmittags nur Dienstag und Donnerstag von 14 bis 18 Uhr. Zu anderen Zeiten zwecks Kassenbericht für Monat Mal geschlossen.
Bitte ausschneiden und aufbewahren!
Rastatt im Mai 1950.
Der Kassenvorstand.

Bekanntmachung

Feldbereinigung — Weganlage Forbach III. Unternehmen.
Der vom Bad. Ministerium der Finanzen - Baudirektion - Abteilung Landesvermessung als Obere Umlegungsbehörde geprüfte Entwurf über das obige Unternehmen nebst Anlagen liegt in der Zeit vom
17. bis 31. Mai 1950
auf dem Rathaus in Forbach zur Einsicht* der Beteiligten auf. Gemäß § 30, Abs. 1, des Feldbereinigungsgesetzes vom 27. 3. 1931 wird die Schlussfahrt anberaumt auf
Montag, den 12. Juni 1950, mittags 12.30 Uhr
im Rathaus in Forbach, wo selbst Einwendungen oder Beschwerden der Eigentümer oder sonstigen Berechtigten bei Ausschlußvermeidern vor dem Ausschuß vorzubringen sind.
Landratsamt - IIIa.

Haarsorgen?
Ausgekämmtes Haar einsehend! Untersuchung kostenlos, 100prozentige Hilfe bei beginnender Kahlköpfigkeit! Ausfall, Schuppen, Brechen, Spalten, glanzlos, spröde Haar. Haarkosm. Labor, Frankfurt/M. Postfach 403.

Landwirt und Geschäftsmann.
60 Jahre, vermög., 1 Sohn, s. tüchtige christliche Haushälterin oder Hausfrau evtl. bald. Heirat. - Desgleichen findet Ehepaar Beschäftigung und Wohnung in Landwirtsch. Off. an den Verlag.

FILMTHEATER

FREIBURG

Zweite Woche verlängert!
Ein unbeschreiblicher Publikumserfolg!

Zarah Leander

in „Gabriela“

Ein neuer deutscher Spitzenfilm von altem Großformat mit Carl Raddatz, Siegfried Breuer, Grethe Weiser, Vera Molnar, Gunnar Möller u. a.
Täglich 14.15, 16.30, 18.45, 21.00 Uhr
Sonntag auch vormittags 10 Uhr

Ein Film von unerhörter Spannung
HARRY PIEL in

Sprung in den Abgrund

Beginn: täglich 14.30, 16.30, 18.45 und 21.00 Uhr
Jugendfrei!

Gesucht per sofort tüchtiger und fleißiger

Anzeigenwerber

zum Besuch der Freiburger Geschäftsleute. Vorstellung bei der Geschäftsstelle „Unser Tag“, Freiburg im Breisgau, Vaubanstraße 12